

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mt. Einzelhefte 10 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von H. Brey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenaplatz 3. Fernsprechanchlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Die große Auseinandersetzung am 14. September.

Die Geister scheiden und entscheiden sich.

Mit jedem Tage, der uns der großen Entscheidung des 14. September näher bringt, wird die Situation in diesem Wahlkampfe klarer und eindeutiger, mit jedem Tage wird es offener, worum es in diesem Kampfe und bei dieser Reichstagswahl geht. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß die scharfe Trennung des deutschen Volkes in Besitzende und Besitzlose, in Herrenklasse und Arbeiterklasse, in Raffes und Schaffes noch nie so deutlich war wie jetzt, sich noch nie mit so unerbittlicher Klarheit gezeigt hat wie jetzt. Diese Scheidung ist es auch, die dem gegenwärtigen Wahlkampfe ein ganz besonderes Gepräge gibt. Soviel die bürgerlichen und die „nationalen“ Parteien auch miteinander Bündnisse eingehen und Kompromisse abschließen, manchmal sich auch auseinander „sammeln“, in einem sind sie sich aber einig, in ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie. Und das ist es, was dieser Wahlkampf bedeutet, er ist ein Kampf um ihren Besitz und um ihre Vorrechte hangenden „herrschenden“ Klassen gegen die Arbeiterschaft schlechthin und noch mehr ein Kampf gegen die erfolgreich vordringenden Organisationen der Arbeiterschaft, gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. Daß das so ist, wird mit jedem Tage klarer. Mit einem Wort, es geht um die Führung in Staat und Wirtschaft, es geht darum, ob die Arbeiterschaft wieder in die Rechtslosigkeit der kaiserlichen Zeit zurückgeworfen werden oder ob sie gleichberechtigt im neuen Staate dastehen soll und weiterhin in friedlicher Arbeit ihre sozialen Errungenschaften ausbauen, sich weiterhin, und je länger desto mehr, an der Führung des Staates und der Wirtschaft entscheidend beteiligen soll. Schließlich ist es ein Kampf um die kulturelle Entwicklung des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes überhaupt. Ein Sieg der Reaktion würde eine unangeheure kulturelle Rückschritt bedeuten, würde die Entwicklung des deutschen Volkes um Jahrzehnte hemmen.

Das ist ganz zweifellos so, wenn auch die Parteien, unter denen der gegenwärtige Wahlkampf geführt wird, sehr oft höchst materieller Natur zu sein scheinen. Besitz- oder Massenfeuern, erhöhte Zölle oder billige Lebensmittel, Lohnabbau oder ein auskömmliches Arbeitseinkommen, Ausbau oder Einschränkung der sozialen Einrichtungen, das sind zwar die unmittelbaren Losungen in diesem Wahlkampfe — und sie sind es mit Recht, denn ohne einen ausreichenden Lohn, ohne eine materiell gesicherte Existenz ist keine kulturelle Weiterentwicklung möglich — aber die letzten Ziele der gegenwärtigen Auseinandersetzungen gehen viel weiter, es handelt sich ganz einfach darum, wer im neuen Deutschland die Führung haben soll, der Interessentenhausen oder das Staatsvolk.

Den Interessenten ist jedes Mittel recht, um sich Bundesgenossen zu werben. Und es gelingt ihnen mit ihren gewaltigen Hilfsmitteln finanzieller und anderer Art auch. Sind sie sich untereinander auch noch oft uneinig und im Streit um den besten Happen, im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sind sie sich alle einig. Die Sozialdemokratie kann nicht hoffen, bei irgendeiner anderen Partei Hilfe in ihrem Kampfe um die Interessen der Arbeiterschaft zu finden. Als einzige Arbeiterpartei muß sie den Kampf gegen eine Welt von Feinden führen. Täglich finden sich in den bürgerlichen, aber auch in den ganz links und ganz rechts stehenden Blättern Auslassungen, die es bestätigen, daß es allen Parteien, von den Nationalsozialisten — die Bezeichnung ist eine Schandung der Worte „national“ und „sozialistisch“ — bis zu den Kommunisten einzig und allein darauf ankommt, die Sozialdemokratie zu schwächen, so daß sie sich nicht mehr entscheidend an der Führung des Staates beteiligen kann.

Ob es christliche Gewerkschaftsblätter, ob Unternehmerrzeitungen, ob es KPD-Blätter oder „nationale“ Zeitungen sind, alle stellen den Wahlkampf in erster Linie als einen Kampf gegen die Sozialdemokratie dar. Dabei gibt es oft ganz sonderbare Kampfgemeinschaften, wie jetzt die zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, nachdem die Kommunisten für den Fall ihres Sieges „Regierungslinien“ veröffentlicht haben, die noch nationalsozialistischer sind als die der Vorkämpfer für das dritte Reich. Die Kommunisten werden ja auch von den Unternehmern geradezu als die Partei angesehen, die vor allem dazu berufen ist, ein noch stärkeres Anwachsen der Sozialdemokratie zu verhindern. Das bescheinigt ihnen ganz offen die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, wie wir an einer anderen Stelle schon bemerkten. Die christlichen Gewerkschaften haben aber einen Wahlauftrag erteilt, in dem sie alle Schuld an unserem politischen und wirtschaftlichen Elend der Sozialdemokratie zuschieben:

„Die Mehrheit des Reichstages hat ihre Pflicht gegenüber Volk und Demokratie nicht erfüllt. Das gilt vor allem von der Sozialdemokratie als der stärksten Gruppe dieser Mehrheit. Die Sozialdemokratie stellte sich

im Reiche mit antidemokratischen Gruppen gegen die Ordnung.“ (War das Zentrum nicht auch mit in der Mehrheit?) Imbusch, der neue Führer der christlichen Gewerkschaften, erklärte:

„Keine Neutralität gibt es der marxistischen Sozialdemokratie gegenüber, im übrigen lassen wir unseren Mitgliedern vollkommene Freiheit.“

Also Nazis und KPD sind dem christlichen Gewerkschaftsführer immer noch lieber als Sozialdemokraten. Zentrumsarbeiter, merkt euch das!

Feger vom Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband hat den Grund entdeckt, warum die Sozialdemokratie soviel Anhänger in den freien Gewerkschaften hat:

„In der Sozialdemokratie finden die Arbeiterorganisationen die stärkste Berücksichtigung.“

Also darum der Haß gegen die freien Gewerkschaften, die natürlich die Partei unterstützen, die ihren Interessen am weitesten entgegenkommt und sie am tatkräftigsten fördert:

Wahlrecht

Ist Wahlpflicht! Mehr als 10 Millionen Männer und Frauen haben bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1928 ihr Wahlrecht nicht ausgeübt. Sie haben damit freiwillig auf eins der wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte verzichtet. In dieser großen Masse der Launen und Gleichgültigen darf kein denkender Arbeiter, keine denkende Arbeiterin gehören. Für jeden Arbeiter und für jede Arbeiterin

ist

es selbstverständlich, daß sie ihr Wahlrecht auch ausüben, und zwar so ausüben, daß sie ihren eigenen Interessen nicht zuwiderhandeln. Seit vielen Jahrzehnten vertritt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nachdrücklich und erfolgreich die Interessen der deutschen Arbeiterschaft. Denke daran, wenn du deiner

Wahlpflicht

genüßt. Willst du Verbesserung deiner Lebenshaltung, Sicherung gegen Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit, willst du mitbestimmen in der Führung des Staates und der Wirtschaft, dann

wähle sozialdemokratisch!

„Es gibt keine Überwindung der SPD., wenn nicht Bresche geschlagen wird in freie Gewerkschaften, Genossenschaften und die anderen sozialistisch eingestellten Arbeiterorganisationen.“

„In der Zusammenfassung in den freien Gewerkschaften liegt die Bindung und Verflechtung der Massen mit der Sozialdemokratie.“

Damit ist die Lage klar gezeichnet, damit sind auch die Ziele unserer Gegner von Hitler über Brüning und Stegerwald zu Thälmann eindeutig festgelegt. Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen die freien Gewerkschaften, gegen die Arbeiterschaft schlechthin. Gegen die Arbeiterschaft schlechthin, das werden auch viele in den christlichen Gewerkschaften organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen einsehen und am 14. September dementsprechend abstimmen. Und vielen mit der KPD sympathisierenden Arbeitern und Arbeiterinnen wird die neueste Belobigung der KPD durch die Zeitungen der Schwerindustrie und die neueste Annäherung der KPD an die Nationalsozialisten die Augen öffnen und zeigen, wohin die Reise für die deutsche Arbeiterschaft geht, wenn der Block „Nazi-Zentrum-Unternehmer-Vollschweifen“, kurz gesagt der Block der Arbeiterfeinde, am 14. September einen Sieg erringen sollte. Für den klar sehenden und klar denkenden Arbeiter, für die klar sehende und klar denkende Arbeiterin wird die Wahl unter den 22 Parteien des Reichswahlvorschlages nicht schwer, sie brauchen ja nicht lange zu suchen, es ist gleich die erste in der langen Reihe. Und sie wird auch die erste bleiben, die erste im Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft, im Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung, der Sicherung der sozialen Errungenschaften, um mehr Anteil an den geistigen und materiellen Gütern unserer Kultur, um die Führung in Staat und Wirtschaft.

Für die freien Gewerkschaften, für die Arbeiterschaft kämpft, wer am 14. September sozialdemokratisch wählt!

Das Schicksal des deutschen Kapitalismus.

Die kapitalistische Wirtschaft befindet sich nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch in einer unwalzenden Krise. Das theoretische System, das dem reinen Kapitalismus der Vorkriegszeit zugrunde lag, ist zum großen Teil verschwunden. Die liberale Manchestertheorie gehört als wissenschaftliche Grundlage der Wirtschaft der Vergangenheit an und hat nur noch historisches Interesse. Heute mischen sich liberale Gedanken mit feudalen oder staatssozialistischen zu verworrenen Grundgedanken. So ist es auch erklärlich, daß selbst Wirtschaftsführer dem Gang der Wirtschaft hilflos gegenüberstehen und ihn nicht zu deuten vermögen. Gar erst die Sachverwalter der Wissenschaft, die Hochschullehrer und Professoren, haben sich längst auf Gebiete zurückgezogen, die mit dem wirklichen pulsierenden Leben nur sehr wenig zu tun haben. Nur einige Forscher, wie Sombart, Brentano, Bonn, versuchen mit eigenem Rüstzeug den Gang der Dinge wissenschaftlich zu erklären. Die deutschen Wirtschaftsführer weisen keine überragende Gestalten auf. Als der Kapitalismus in Deutschland im stürmischen Vorwärtsschreiten sich befand, waren Industrieführer von Namen und Rang vorhanden. Krupp, Siemens, Rathenau u. a. waren über die deutschen Landesgrenzen hinaus berühmt. Spricht man heute von großen Wirtschaftsführern, so denkt man an Ford, an die Leiter der General-Motors, an Kreuger, Owen Young usw. Wenn die deutsche Wirtschaft sich trotzdem aus dem Elend der Kriegs- und Inflationswirtschaft erfolgreich erheben konnte, so liegt dies an der Summierung zahlreicher Einzelkräfte und nicht zuletzt an der Intelligenz der deutschen Hand- und Kopfarbeiter.

Einer der Verfechter der liberalen Wirtschaftsepoche ist der Professor Bonn. Dieser hat jetzt im Verlag von S. Fischer, W.G., Berlin, seine Schrift „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ in erweiterter Auflage neu erscheinen lassen. In diesem lesenswerten Buche wird die kapitalistische Zickzackentwicklung in der Nachkriegszeit sehr treffend gezeichnet. Bonn stellt in den einleitenden Kapiteln fest, daß die technische Produktionsmethode in den letzten Jahrzehnten einen großen Aufschwung genommen hat. Im Kriege fanden sich Mammon und Mars als Geistesverwandte zusammen. Ein autoritärer Kapitalismus war zur Herrschaft gekommen. „Knapp ein Jahrhundert hat genügt, um das Wort des Freiheitskämpfers in sein Gegenteil zu verkehren: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, schien nur noch Rechte zu wollen.“ Dieser autoritative Kapitalismus ist in Europa in seiner reinen Form nur noch in wenigen Staaten vorhanden. Die Entwicklung der Demokratie hat den breiten Volksmassen Herrschaftsmomente in die Hand gegeben, die sie zu bestimmenden Faktoren machen würden, wenn sie sich ihrer Mission bewußt wären. Dennoch ist die wirtschaftliche Macht des Kapitalismus noch sehr groß, teilweise für die Politik der Staaten bestimmend. Politische und wirtschaftliche Macht klaffen heute weit auseinander. In diesem Zusammenhang schreibt Bonn:

„Die Politik ist demokratisch geworden. Und demokratisch wird sie bleiben, auch wenn vorübergehend irgendwo ein Diktator ersticht. Er wird in einem Industrielande ein Diktator des Volkes sein, und vertritt er nicht die Demokratie, so muß er das Proletariat vertreten. Wenn zur politischen Macht, die der Stimmzettel verleiht, ist die wirtschaftliche Macht gekommen, die in der Organisation der Arbeiter liegt. In einem industriellen Staate kann sich keine Macht halten, die nicht ein weitgehendes Maß von Rücksicht auf die organisierten Handarbeiter nimmt... Da der Weg der Entrechtung der Masse nicht gangbar ist, und da es ein Zurück von der Demokratie nicht gibt, muß der Kapitalismus demokratisch werden... Er muß vor allen Dingen auch in seinen Leistungen demokratisch werden. Das heißt, er muß den Vorteil, den er dank seiner ökonomisch-technischen Beweglichkeit besitzt, so ausnutzen, daß der Nutzen des Kapitalisten des Nutzens der Allgemeinheit wegen entgegen wird. Der Kapitalismus wird nur dann geduldet werden, wenn er durch Verbesserung der Lebenshaltung und durch reichere Ausgestaltung der Lebensmöglichkeiten immer breitere Schichten zu seinen Nutznießern macht.“

Diese Theorie haben die amerikanischen Unternehmer begriffen und sind in ihren Leistungen demokratisch geworden, das heißt, sie haben die Allgemeinheit an ihren Erfolgen durch billige Verkaufspreise teilnehmen lassen. Kein Mensch wird bezweifeln, daß sie damit am besten gefahren sind. Der amerikanische Unternehmer setzt hohe Löhne als gegebene Größe an. „Hohe Löhne bedeuten starke Kaufkraft. Hohe Löhne oder soziale Lasten stellen aber auch die Versicherungsprämie dar, die das kapitalistische System zu zahlen hat. Wer sich über soziale Lasten beschwert und hervorhebt, der tritt für hohe Löhne ein. Wenn der Kapitalismus das nicht will oder kann, muß er sich durch Übernahme sozialer Lasten einschließlich ausreichender Arbeitslosenfürsorge versichern... Der Kapitalismus, der soziale Lasten einsparen will, ohne sie durch hohe Löhne überflüssig zu machen, organisiert in der industriellen Reservearmee der Arbeitslosen unbewußt die wahre „rote Armee“... Hohe Preise und Arbeitslosigkeit sind auf die Dauer nicht erträglich. Stilllegungen und Entlassungen sind nur dann ohne große soziale Störungen durchzuführen, wenn sie die künftige Produktion leistungsfähiger und billiger gestalten.“

Nach diesem Prinzip haben die Amerikaner gehandelt. In der „Vossischen Zeitung“ hat Henry Ford kürzlich eine Artikelreihe über sein Produktionssystem und seine Lohnpolitik erscheinen lassen. Er erzählt, daß er von dem Gedanken „Dienst am Kunden“ ausgegangen sei. Dann geht er auseinander, daß niedrige Löhne die Waren verteuern. Im 4. Artikel heißt es: „Früher einmal verlangten die Leute nur nach Nahrung; jetzt behaupten die Kritiker, daß unsere Prosperität schädlich ist, weil dadurch das Gelfüge im Menschen nicht entwickelt wird. Armut wurde damals für einen natürlichen Zustand gehalten. Jetzt betrachtet man sie als etwas Unnatürliches. Und bald werden wir Armut wie eine Krankheit behandeln.“ In den Ford-Betrieben betrug der Stundenlohn im Durchschnitt 1910 0,25 Dollar, 1920 0,86 Dollar und 1930 1,00 Dollar. Dies bedeutet, daß sich innerhalb von 20 Jahren der Durchschnittslohn in den Ford-Werken vervierfacht hat. Stellt man die Entwicklung der deutschen Löhne damit im Vergleich, so kann man feststellen, daß der deutsche Reallohn sich seit 1910 vielleicht um ein Geringes erhöht hat, oder gar noch auf der gleichen Stufe beharrt.

Zu Anschauungen, wie sie in USA. Geltung haben, hat sich das deutsche Unternehmertum noch keineswegs durchzurufen vermocht. In den Anschauungen unserer Wirtschaftsführer klingt noch immer der autoritative Herrschaftskapitalismus nach. Auf eigene Initiative verläßt man sich wenig. Immer mehr versucht man den Staat für seine Zwecke dienlich zu machen. Man schimpft sehr weidlich über die sozialen Einrichtungen des Staates, aber doch nur zu dem Zweck, weil man glaubt, daß der Staat dadurch die eigenen Interessen vernachlässigen könnte. Diesen Zweifelpakt hat Bonn in seinem Buche sehr treffend folgendermaßen gekennzeichnet: „Die gleichen Leute, die sich auf politischem Gebiet über die Unfähigkeit der Demokratie ereifern und in Gewerkschaften und Tarifverträgen Organisationen und Methoden sehen, die die Leistungsfähigkeit nach unten nivellieren, haben in ihren auf Schützellen aufgebauten Verbänden und Kartellen die wirtschaftliche Demokratie der Unfähigkeit vereinbart. Während sie sich gegen die politische Lohnfestsetzung durch staatlichen Gewaltanspruch ereifern, erzwingen sie durch ihre politische Vertretung die politische Preisfestsetzung durch Kartelle und Schützelle.“

Aus seinen Untersuchungen folgert Professor Bonn, daß ein solcher Kapitalismus, wie er sich in Deutschland zeigt, auf die Dauer nicht lebensfähig sei. „Er verkörpert die Rationalisierung des Stillstands, die Standardisierung der Erfolglosigkeit. Er sammelt seine ganze Kraft zur Beseitigung desjenigen Moments des Wirtschaftslebens, das den Fortbestand eines kapitalistischen Unternehmertums rechtfertigt: des Risikos. Denn das Ideal einer Schützpolitik, die in Stabilisierungsplänen endet, ist eine stationäre Wirtschaft, die dem kapitalistischen Unternehmer eine risikofreie Rente garantiert. Der Kapitalismus, der sich auf dieses Ideal zurückzieht, hat seine Aufsehberechnung aufgegeben.“

Die Kritik, die die kapitalistische Wirtschaft von einem wohlwollenden Freund derselben erfährt, ist mehr als berechtigt. Die heutige kapitalistische Wirtschaft ist ein Gemisch von Liberalismus, autoritativem Kapitalismus und von staatlich subventioniertem Rentenkapitalismus. Aus diesem Gemisch kann keine vorwärtstreibende Initiative erwachsen. Deshalb kommt Bonn und wir mit ihm, wenn auch aus anderen Schlussfolgerungen heraus, zu der Feststellung: „Wahrlich, das Schicksal des deutschen Kapitalismus liegt in schwachen Händen.“ Die Gewerkschaften gehen allerdings den einzig richtigen Weg weiter, wenn sie auf die Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung hinarbeiten und dafür die sozialistische Gemeinwirtschaft erstreben.

Für die Erhöhung der deutschen Reallöhne.

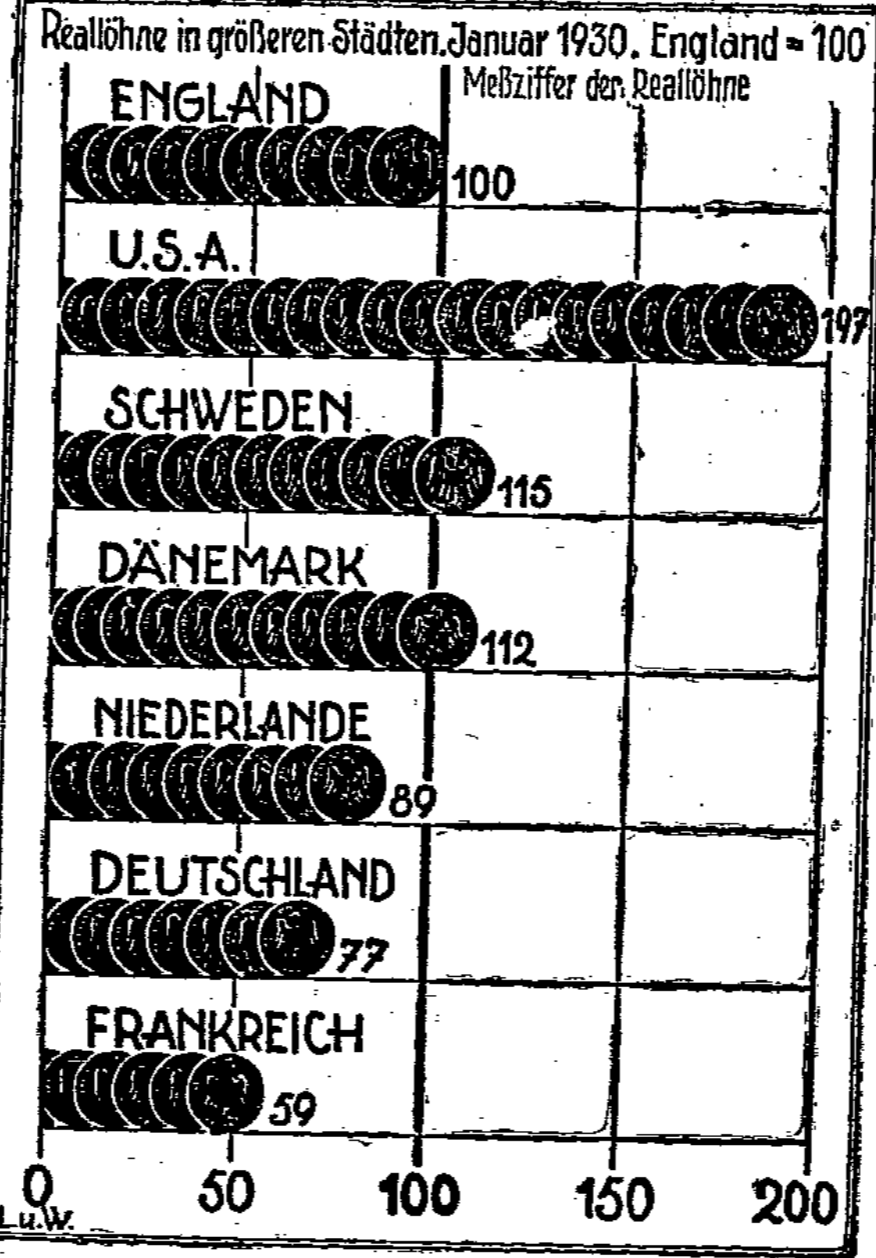
Um die Höhe der Reallöhne wird seit Jahren gestritten. Die Ansichten darüber gehen in Deutschland weit auseinander. Während die Unternehmer behaupten, daß die deutschen Löhne zu hoch seien, stehen die Gewerkschaften auf dem Standpunkt, daß diese einer weiteren Verbesserung bedürfen. Die Untersuchungen des internationalen Arbeitsamts über die Reallöhne führten zu dem Ergebnis, daß Deutschland sehr wesentlich hinter anderen Ländern zurückbleibt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden den Lesern durch das beigegebene Schaubild sehr deutlich vor Augen geführt. Die Berechnung des I.A.A. erfolgte so, daß die Kaufkraft des Durchschnittslohnes mit Hilfe eines Standardbausehaltens in jedem einzelnen Lande ermittelt wurde. Jeder wird sich der Schwierigkeiten bewußt sein, die dem entgegenstehen, allgemein geltende Maßstäbe für Reallöhne im Vergleich mit anderen Ländern anzustellen. Man kann aber getrost das Vertrauen in eine so objektive Behörde setzen, wie sie das Internationale Arbeitsamt ist, daß nicht etwa zumungunsten Deutschlands die Berechnung aufgestellt wurde. Die Ergebnisse der deutschen Fertigwarenindustrie zeigen übrigens, daß die deutsche Industrie bei den gegenwärtigen Löhnen durchaus konkurrenzfähig ist. Darüber hinaus bildet die schwache Schwäche des Jahresmarktes die einzige Zelle für die gegenwärtige Wirtschaftskrise.

In einem Artikel der „Vossischen Zeitung“, Nr. 300, heißt es Henry Ford mit den Kritikern seiner Lohnpolitik auseinander. In diesem Zusammenhang schreibt er: „Früher nahmen man die Armen als Selbstverständlichkeit hin, und es gab viel zu viele von ihnen, um sie als Beweismittel anzuführen. Armut wurde damals für einen natürlichen Zustand gehalten. Jetzt betrachtet man sie als etwas Unnatürliches. Und bald werden wir Armut wie eine Krankheit behandeln. Wir werden eine soziale Immunität dagegen schaffen. Das ist der Fortschritt. Dieses erstrebenswerte Ziel kann man nicht erreichen, indem man allgemein die Politik der niedrigen Löhne verfolgt, und die Armut durch öffentliche Unterstützung aus dem Steuereinkommen bekämpft. Ein derartiges Programm verändert die Armut in Wirklichkeit nie... Die niedrigen Löhne werden jede Ausbreitung des heimlichen Marktes verhindern, denn der Lebensstandard wird gerade auf dem Erhaltungsniveau liegen. Die niedrigen

Löhne werden noch mehr Unheil anrichten, denn sie werden die Ware verteuern.“

Sehr verständige Worte, von denen man nur wünschen könnte, daß sie Allgemeingut in der Welt und namentlich in Deutschland werden würden. Bezüglich des Problems Reallohn und Arbeitslosigkeit wird sehr viel auf Frankreich verwiesen, das infolge der niedrigen Löhne keine Arbeitslosigkeit kennt. Vergessen wird in der Regel, daß in Dänemark, Holland, England und den Vereinigten Staaten die Arbeitslosigkeit nicht höher ist als bei uns, und in Schweden von einer Arbeitslosigkeit nicht gesprochen werden kann. Das sollte als Beweis dienen, daß hohe Reallohn nicht die Arbeitslosigkeit im Gefolge haben, sondern eher mildern auf den Arbeitsmarkt einwirken. Es scheint uns notwendig zu sein, auch in Zukunft für die Erhöhung der Reallohn hierzulande sich mit der ganzen Person einzusetzen.

Niedrige deutsche Reallöhne



Verschmelzung unserer Bruderorganisationen in der Tschechoslowakei.

Am 30. Juni d. J. haben sich der Verband der Keramarbeiter in der Tschechoslowakei mit dem bisherigen Sitz in Pilsen und der Verband der Glasarbeiter mit dem bisherigen Sitz in Lannwald nach lange geführten Verhandlungen verschmolzen. Der neue Verband führt den Titel Verband der Glas- und Keramarbeiter und -arbeiterinnen in der Tschechoslowakischen Republik. Sitz des Verbandes ist Teplitz-Schönan.

Am 9. August haben beide Verbände in der Rittersburg in Turn ihre liquidierenden Verbandstage abgehalten, und am 10. August fand der konstituierende Verbandstag des neuen gemeinsamen Verbandes statt.

Der zwölfte und letzte ordentliche Verbandstag der Keramarbeiter wurde durch den Verbandsobmann, Kollegen Palme, eröffnet. Er ließ die Erschienenen herzlich willkommen und begrüßte besonders den Vertreter des Keramischen Bundes und der internationalen Föderation der Keramarbeiter, Kollegen Mierischke (Berlin), den Zentralsekretär der Zentralgewerkschaftskommission, Genossen Macoun, und den Vertreter der Kreisgewerkschaftskommission, Genossen Arbeiter.

Kollege Mierischke begrüßte den Verbandstag im Auftrag des Keramischen Bundes Ebadtschowitz, Gruppe Feinkeramik, und der internationalen Föderation der Keramarbeiter. Er wünscht dem Verbandstag Erfolg in der Arbeit, und daß die neue gemeinschaftliche Organisation dieselben günstigen Erfahrungen machen möge, wie die Porzellan- und Glasarbeiter nach ihrer Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband Deutschlands. Besonders hebt er die tatkräftige Mitarbeit des nach diesem Verbandstag auscheidenden Kollegen Palme in der internationalen hervor und dankt ihm dafür. Kollege Mierischke gedenkt auch der opferstrebenden Hilfe, die unsere tschechoslowakische Bruderorganisation dem deutschen Porzellanarbeiterverband in der schlimmsten Zeit, die die deutsche Organisation nach dem Kriege durchzumachen hatte, geleistet hat. Sie werden auch uns jederzeit zu Akten brüderlicher Solidarität bereit finden.

Auch Genosse Macoun begrüßte die Tagung. Er geht besonders auf die Verhandlungen ein. Auch er widmet dem auscheidenden Kollegen Palme im Auftrag der I.G.K. herzliche Worte des Dankes und des Abschiedes.

Kollege Palme gibt hierauf einen längeren Bericht über die abgelaufene 23jährige Verbandsperiode und gedenkt der gesamten Tätigkeit der Organisation seit ihrer Konstituierung im Jahre 1902 bis zu der nunmehrigen Auflösung.

Palme hebt das Vertrauen der Arbeiterschaft zu ihren Vertrauensmännern hervor und schließt mit den Worten: „Übertragen Sie dieses Vertrauen auch auf Ihre neue Organisation. Frisch auf zu neuer erfolgreicher Arbeit!“

In der Nachmittags-Sitzung ergänzt Kollege Bester den im Druck vorliegenden Kasernenbericht. Kollege Tamer gibt den Bericht über die Arbeitslosenunterstützungskasse. Weiden Redner wird auf Antrag Entlassung erteilt. Der Bericht des Schiedsgerichtes (Beschwerdekommission) löste eine kurze Debatte aus. Die übrigen Berichte wurden debattelos zur Kenntnis genommen.

Zum Punkt drei der Tagesordnung „Bestätigung der gegenseitigen Vereinbarungen bezüglich der gemeinsamen Organisation der Glas- und Keramarbeiter“ nimmt Kollege Palme das Wort. Hierzu entwickelt sich eine längere Aussprache. Die nun ausgearbeitete Geschäfts- und Unterhaltungsordnung wird vom Verbandstage im Prinzip angenommen.

Kollege Jänke dankt dem Genossen Palme im Namen aller Delegierten und Vorstandsmitglieder für seine Führung, die er durch drei Jahrzehnte hindurch frei erfüllt hat. Er zeigt, wie Kollege Palme bemüht war, immer nur das Beste für die Porzellanarbeiter herauszuholen. Das neue Werk kann nur gelingen, wenn sich alle gegenseitig verstehen und zueinander Vertrauen haben.

Zu Punkt fünf, Auflösung des Verbandes, wird der nachfolgende Antrag einstimmig angenommen.

Der am 9. August 1930 im Gasthof „Rittersburg“ in Turn bei Teplitz-Schönan tagende 12. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Keramarbeiter in der Tschechoslowakischen Republik stellt mit besonderer Freude fest, daß die auf dem 11. ordentlichen Verbandstag am 23. und 24. Juni 1928 in Alt-Rohlau beschlossene Verschmelzung des Verbandes der Keramarbeiter und seiner Ortsgruppen und Zahlstellen mit dem Zentralverband aller Glasarbeiter und verwandter Berufe im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik und seiner Ortsgruppen und Zahlstellen mit dem 30. Juni 1930 praktisch zur Durchführung gelangt ist. Dadurch hat mit Abschluß des 12. ordentlichen Verbandstages das Bestehen des Verbandes der Keramarbeiter in der Tschechoslowakischen Republik sowie seiner Ortsgruppen und Zahlstellen unter diesem Namen aufgehört und sind Verband, Ortsgruppen und Zahlstellen ein Bestandteil der neuen gemeinsamen Organisation „Verband der Glas- und Keramarbeiter und -arbeiterinnen der Tschechoslowakischen Republik in Teplitz-Schönan“ geworden, in dessen Besitz auch das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen des Verbandes und seiner Ortsgruppen übergegangen ist.

Der 12. ordentliche Verbandstag beauftragt die Leitung des Verbandes der Glas- und Keramarbeiter und -arbeiterinnen, die notwendigen liquidierenden Arbeiten für den Verband der Keramarbeiter in der Tschechoslowakischen Republik und seiner angeschlossenen Ortsgruppen bei den behördlichen Stellen durchzuführen.“ In bewegten Worten dankt Kollege Palme im Schlusswort den Genossen Macoun, Mierischke und Jänke für ihre Worte des Vertrauens. Er führt aus: „Es ist dies für mich kein letzter Tag, aber ein schöner Tag, wo es möglich geworden ist, das vor 30 Jahren geschaffene Werk in gute Hände zu legen, die es noch weiter vorwärts bringen werden.“ Er fordert auf, die Einigkeit hinüber zu tragen zu den anderen Kollegen, um ein gutes Zusammenarbeiten in der neuen Einheitsorganisation zu schaffen. Damit erklärt er den letzten Verbandstag des Keramarbeiterverbandes für die Tschechoslowakei als selbständige Organisation als geschlossen. Paul Mierischke.

Letzter Verbandstag des deutschen Glasarbeiterverbandes der Tschechoslowakei.

Am 9. August trafen die gewählten Vertreter des deutschen Glasarbeiterverbandes in der Tschechoslowakei, Sitz Teplitz-Schönan, in der „Rittersburg“ in Turn zusammen, um formell den bereits vollzogenen Zusammenschluß mit dem Keramarbeiterverband zu vollziehen. Es ist eine bedauerliche Erscheinung, daß in der Tschechoslowakei zwei Verbände der Glasarbeiter bestehen, und daß es bei dieser Verschmelzung nicht möglich war, den tschechoslowakischen Glasarbeiterverband einzubeziehen. Aber nichts ist schwieriger als Nationalitätsfragen zu überwinden. Wir dürfen hoffen, daß es dem Vorstehenden des nunmehrigen Glas- und Keramarbeiterverbandes, Kollegen Neumann, gelingen wird, diese von allen gewünschte Einheitslichkeit herbeizuführen.

Für unseren Verband nahmen an den Verhandlungen die Kollegen Emil Girbig (Berlin) und Karl Müller (Hannover) teil.

In seiner Begrüßungsansprache würdigte Kollege Girbig noch einmal die Bedeutung des Zusammenschlusses und wünschte dem neuen Schiff eine gute Fahrt dem Ziele zu.

Aus dem vom Kollegen Neumann gegebenen Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Mitgliederbewegung infolge der kommunistischen Katastrophentaktik gelitten hat, und daß der Vorstand in zwei Fällen deshalb zur Auflösung von Ortsgruppen schreiten mußte. Trotz dieser Tatsache wurde der Verlust durch Mitgliederzuwachs wieder wettgemacht. Zur Zeit der Tagung des Verbandstages ist zu verzeichnen, daß die beiden aufgelösten Gruppen die Mitgliederstärke von ehemals wieder haben.

In den beiden Jahren 1928 und 1929 ist bezüglich der Lohnbewegungen eine rege Tätigkeit entfaltet worden. Im Jahre 1929 wurden von der Organisation 23 Lohn- und Arbeitsverträge aufgekündigt und in verbesserter Form mit Lohnzulagen erneut zum Abschluß gebracht.

Aber die Verschmelzung berührte eingehend Kollege Neumann. Dazu wurde nachstehender Antrag einstimmig angenommen:

„Der am 9. August 1930 im Gasthof „Rittersburg“ in Turn bei Teplitz-Schönan tagende 8. ordentliche Verbandstag des Zentralverbandes aller Glasarbeiter und verwandter Berufe im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik stellt mit besonderer Freude fest, daß die auf dem 7. ordentlichen Verbandstag am 28. und 29. Juli 1928 in Aufzig a. d. E. beschlossene Verschmelzung des Verbandes aller Glasarbeiter und verwandter Berufe und seiner Ortsgruppen und Zahlstellen mit dem Verband der Keramarbeiter der Tschechoslowakei und seiner Ortsgruppen und Zahlstellen der Tschechoslowakischen Republik in Teplitz-Schönan geworden, in dessen Besitz auch das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen des Verbandes und seiner Ortsgruppen übergegangen ist.“

Der 8. ordentliche Verbandstag beauftragt die Leitung des Verbandes der Glas- und Keramarbeiter und -arbeiterinnen, die notwendigen liquidierenden Arbeiten für den Verband aller Glasarbeiter und verwandter Berufe und seiner angeschlossenen Ortsgruppen bei den behördlichen Stellen durchzuführen.“

Der Schluß des Verbandstages war eine Ehrung des alten Kollegen Säckel, eines Mitbegründers der Organisation, der nunmehr nach Bildung der neuen Organisation in den Ruhestand tritt. Karl Müller.

Erster Verbandstag des Verbandes der Glas- und Keramarbeiter in der Tschechoslowakischen Republik.

Am Sonntag, dem 10. August, trafen im festlich geschmückten Saale der „Rittersburg“ in Turn die Vertrauensmänner der Glas- und Keramarbeiter zum ersten Verbandstag ihrer neuen Organisation zusammen.

Der Verbandstag wurde eingeleitet durch zwei Chöre der Oelangsaktion der Keramarbeiter von Turn.

Genosse Neumann eröffnet den Verbandstag und heißt alle Delegierten, Gäste und die Vertreter der ausländischen und inländischen Berufsverbände, der Internationale, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Kreisorganisation Teplitz herzlich willkommen.

Nach der Wahl des Präsidiums begrüßt und beglückwünscht Genosse Müller (Hannover) den Verbandstag im Auftrag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und der Internationale der Glas- und Keramarbeiter. Er erklärt, daß die Verschmelzung in Deutschland sich günstig ausgewirkt habe. Der Fabrikarbeiterverband zähle heute über 400 000 Mitglieder und verfüge über ein Vermögen, das ihn befähige, große und schwere Kämpfe erfolgreich zu bestehen. Er wünscht, daß die Zusammenfassung der Kräfte in der Tschechoslowakei den im Einheitsverband organisierten Kollegen die gleichen Erfolge bieten möge.

Genosse Pipek (Wien) begrüßt den Verbandstag im Auftrag der österreichischen Gemischten Arbeiter und wünscht ihm erfolgreiche Arbeit.

Genosse Viktoria, als Vertreter der tschechischen Glasarbeiter, würdigte die Verschmelzung als ein denkwürdiges Ereignis und betonte, daß die tschechische Arbeiterschaft die Arbeiten zur Verschmelzung mit Interesse verfolgt habe und daß sie den schlichsten Wunsch habe, in der gemeinschaftlichen Organisation mitzuarbeiten.

Genosse Macoun (Reichenberg) begrüßt in längerer Aussprache den Verbandstag im Auftrag der deutschen Gewerkschaftskommission und spricht die Überzeugung aus, daß der neue

Verband in den Kämpfen der Gegenwart und Zukunft in den vorerster Reihen stehen wird.

Im Namen der Reichsgewerkschaftskommission Lepzig wünscht Genosse Neumann den Verhandlungen des Verbandstages Erfolg.

Genosse Neumann skizziert die durch die Verschmelzung geschaffene Situation. Er hob die günstige Entwicklung der Mitgliederbewegung hervor und stellte fest, daß der Verband schon in den ersten Tagen seines Bestehens einen erheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen habe.

Genosse Vetter gibt eine Übersicht über die finanzielle Lage und konstatiert, daß die finanzielle Basis gut ist und sich, auf das Vertrauen der Mitglieder gestützt, weiter entwickeln werde.

Hierauf erfolgte die Beratung des neuen Statuts, das nach kurzer Debatte im Sinne der Beschlüsse der beiden Verbandstage vom vorigen Tage genehmigt wurde.

Dann erfolgte die Wahl nach dem Vorschlag einer Wahlkommission, für die Genosse Zinke berichtet. Einstimmig wurden gewählt: als Obmann Kollege Gustav Neumann, Glasarbeiter, als Stellvertreter Kollege Ernst Roll, Porzellanarbeiter, als Kassierer Genosse Emil Vetter, Porzellanarbeiter, und Redakteur Richard Reitzel, Glasarbeiter.

In seinem Schlusswort entwarf Genosse Neumann ein Bild der Aufgaben der neuen Organisation in der nächsten Zukunft. Vor allem wird sich der neue Verband der Schaffung gewerkschaftlicher Jugendsektionen annehmen und sich auch die Erfassung der Arbeiterinnen für die Organisation angelegen sein lassen müssen.

Größte Aufmerksamkeit erfordere das Betriebsauschüßwesen und die Bildungsarbeit. Die ganze Kraft des Verbandes muß aber eingesetzt werden zum Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Als Folge des fortschreitenden Rationalisierungsprozesses muß eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Die auf Lohnabbau und Beseitigung der kollektiven Lohnverträge ausgehenden Unternehmer müssen an der geschlossenen Front der Glas- und Keramarbeiter zerfallen. Die augenblickliche Wirtschaftskrise hat die Voraussetzungen für die gewerkschaftlichen Kämpfe geändert, aber es werden wieder andere Zeiten kommen, in denen wir zum Angriff übergehen können. Dann erst wird sich erweisen, welche Kräfte in der neuen Organisation vorhanden sind.

Genosse Neumann gedenkt der auscheidenden Verbandsvorstände und Funktionäre und dankt ihnen für ihre Mitarbeit in den bisherigen Verbandsorganisationen. Die Delegierten werden aufgefordert, ihre ganzen Kräfte und ihr ganzes Können dem neuen Verband zur Verfügung zu stellen. Wenn jedes Mitglied an dem Plage, an den es gestellt worden ist, seine Pflicht erfüllt, können wir ruhig einer sicheren Zukunft entgegensehen. (Lang anhaltender Beifall.) Damit waren die Verhandlungen des ersten Verbandstages der gemeinschaftlichen Organisation geschlossen.

Paul Nierischke.

Die Schuld der Gewerkschaften an der Arbeitslosigkeit.

In der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ beweist es uns Professor Kurt Singer noch einmal, daß die Gewerkschaften mit ihren überpannten Lohnforderungen allein an unserem wirtschaftlichen Elend schuld seien. Nachdem er einen Lobgesang zu Ehren des so grenzenlos anpassungsfähigen kapitalistischen Wirtschaftssystems anstimmt und zu zeigen sucht, daß der gegenwärtige Zustand der Weltwirtschaft in Wirklichkeit keine „Krise“ sei, sondern nur der Zustand der „Spannung, der Unausgeglichenheit und Unüberschaubarkeit“, erfahren wir von ihm, daß die deutschen Unternehmungen trotz Verbilligung der Preise für Rohstoffe und Lebensmittel unrentabel sind. Und weshalb? „Die zunehmende Verwandlung des Arbeits in ein quasi Beamtenverhältnis, verbunden mit einer Steigerung der politischen Macht der Arbeiter und einer Abnahme des guten Gewissens gegenüber Not und Elend bei den Nichtarbeitern, hat die Bezüge der Arbeiterschaft relativ unempfindlich gegen den Wechsel der Konjunktur gemacht“ — schreibt Professor Singer.

Er redet nicht von Gewerkschaften, sondern von Arbeitern. Da aber Lohnpolitik heute nicht von einzelnen Arbeitern, sondern in deren Auftrag von den Gewerkschaften gemacht wird, so enthält die Bemerkung — sollte sie überhaupt einen Sinn haben — die Anschuldigung, die Gewerk-

schaften betreiben eine gewissenlose Lohnpolitik. Sie seien, indem sie die Löhne zu halten bzw. zu erhöhen suchen, unempfindlich gegenüber Not und Elend der Arbeitslosen. Damit wird den Gewerkschaften unterstellt, sie seien davon überzeugt, daß die Verteidigung der bestehenden Löhne oder die Erhöhung von Lohnforderungen zur Steigerung der Arbeitslosigkeit führe, zumindest daß sie bereit sind, die erhöhte Arbeitslosigkeit als Folge ihrer Lohnpolitik in Kauf zu nehmen. Was sonst sollen jene Bemerkungen bedeuten? Es wäre freilich sinnlos, die Gewerkschaften gegen eine solche Anschuldigung in Schutz nehmen zu wollen. Weiß doch ein jeder, daß die Gewerkschaften in voller Überzeugung den Standpunkt vertreten, daß die Löhne in Deutschland noch wirtschaftlich steigerungsfähig, ja steigerungsbedürftig sind und daß daher nicht Lohnsteigerung, sondern Lohnsenkung zur Verschärfung der Absatzkrise und zur Zunahme der Arbeitslosigkeit beitragen würde.



Deine

Stimme kann für den Ausgang der Reichstagswahl von der allergrößten Bedeutung sein. Vielleicht fehlt nur sie, um den Sieg der Sozialdemokratie vollständig zu machen. Ob deine

Stimme

daher der Sozialdemokratischen Partei, der einzigen Partei, die die Bestrebungen deiner freien Gewerkschaften auf Sicherung und Wahrung deiner wirtschaftlichen Interessen unzweideutig und vorbehaltlos unterstützt. Kein denkender Arbeiter, keine denkende Arbeiterin

gibt

am 14. September ihren Wahlzettel für die bürgerlichen Parteien ab, die eine wie die andere für Lohnabbau und Sozialreaktion gestimmt haben. Keine Stimme für

den

Interessentenhausen, aber auch keine Stimme den Nationalsozialisten und den Kommunisten. Die einen stehen im Solde des Kapitals, die anderen im Solde Moskaus, beide aber bekämpfen deine Gewerkschaften und damit dich selbst. Deine Stimme gibt den

Ausschlag!

Wähle sozialdemokratisch!



Das „soziale Gewissen“ findet in derselben Nummer dieser Zeitschrift (Heft 33) einen sehr bereicherten Ausdruck. Es wird ein von „industrieller Seite“ ausgehender Vorschlag zur Sozialversicherung veröffentlicht, mit dem Vorbehalt der Redaktion, — nicht etwa der Ablehnung dieses Vorschlags, sondern nur, um auch noch weiteren Äußerungen zu diesem Problem Raum zu geben. Die „industrielle Seite“ fordert nicht mehr und nicht weniger als „eine Reform der Versicherungs-gesetzgebung, die vorsieht, daß alle Beiträge zu den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung ausschließlich von den Arbeitnehmern aufgebracht werden“. Dann würde freilich auch der Abbau der Leistungen dieser Versicherungen

erfolgen. Bei der Arbeitslosenfürsorge sind die Reichszuschüsse nach dem Vorschlag möglichst vollständig zu befristigen. Nur die Beamten sollen noch einen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu entrichten haben, als Einleitung zum notwendigen Gehaltsabbau. Die Unternehmer sollen dagegen befreit werden, da ein großer Teil der Industrie — der Verfasser hat die Stirn, dies ernstlich zu behaupten — seit Jahren keine Überschüsse habe und mit einem so geringen Betrag arbeite, daß sie die notwendigen Kosten für Erneuerung und Modernisierung nicht aufbringen könnten. Was verschlägt es diesen Industriellen, daß Deutschland wie kein anderes Land in der ganzen Welt seinen Produktionsapparat in den Jahren seit der Stabilisierung ausbaute und rationalisierte und daß dabei noch Hunderte von Millionen aus Monopolgewinnen volkswirtschaftlich zwecklos und verlustbringend verpulvert wurden! Es ist für das Vorbringen der wirtschaftspolitischen Reaktion sehr bezeichnend, daß ein Vorschlag für die vollkommene Beseitigung der Sozialbeiträge der Unternehmer in einer ersten Wirtschaftszeitung und sogar ohne Widerspruch der Redaktion veröffentlicht werden konnte!

Der Wahlbluff der Kartellverordnung.

Die Reichsregierung hat sich im Rahmen der Notverordnung mit den weitestgehenden Vollmachten gegenüber den Kartellen und sonstigen marktbeherrschenden Organisationen ausstatten lassen. Nach Erlass dieser Notverordnung mußte man von der Regierung angeht die Preisüberhöhung der gebundenen Preise sofortiges Handeln erwarten. Statt dessen wurde ein Gutachten über grundsätzliche Fragen zur Preisbildung vom Reichswirtschaftsrat eingefordert. Dieser hat bereits vor 14 Tagen sein Gutachten erstattet, in dem er die Dringlichkeit der sofortigen Preislenkung der Kartellpreise im Interesse der Milderung der Krise unterstreicht und von der Regierung sofortiges Handeln verlangt. Das Gutachten hat aber auch die Etappen der einzuleitenden Preislenkungsaktion umrissen. Der Reichswirtschaftsrat hat einstimmig die Regierung aufgefordert, auf den Gebieten mit großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, auf denen auf Grund der Unterlagen des Reichswirtschaftsministeriums schädliche und ungerechtfertigte Preisüberhöhungen vorliegen, sofort die notwendigen Schritte zur Anpassung der Preise einzuleiten, in seiner Mehrheit hat ferner der Reichswirtschaftsrat die sofortige Aufhebung aller Preisbindungen von Markenwaren, soweit sie Lebens- und Genussmittel betreffen, verlangt. Und die Regierung... verharret weiter in Unfähigkeit. Seit Monaten wird dem deutschen Volke von dieser Regierung die Preislenkung angekündigt. Vor einem Monat hat sie sich die stärksten Vollmachten auf dem Wege der Notverordnung gegenüber den Kartellen verschafft und damit bekundet, daß nach ihrer Auffassung die Preishochhaltung der monopolistischen Organisationen die Krise in Deutschland und die Massennot so verschärfte, daß „die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet ist“. Nachdem die Regierung nochmals vom Reichswirtschaftsrat zum sofortigen Handeln aufgefordert worden war, mußte sie, wenn es ihr ernst war um die Anpassung der Preise und die Milderung der Wirtschaftskrise, unverzüglich die vorgezeichneten Maßnahmen ergreifen. Statt dessen ist weitere Zeit verstrichen und nichts geschehen. Das Kabinett hat als dringendste Aufgabe in einer Wirtschaftskrise mit 3 Millionen Arbeitslosen die Wahlreform entdeckt und über diese vollständige Veratungen abgehalten, hat aber in der Kartellfrage keinerlei positive Entschlüsse gefaßt. Der eindringlichen Aufforderung des Reichswirtschaftsrates, die Preisbindungen für Lebens- und Genussmittel sofort aufzuheben, hält sie zu folgen nicht für notwendig. Da man jedoch vor den

Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden.

Aber einzelne Abteilungen der Internationalen Hygiene-Ausstellung ist schon in unserem Blatte geschrieben worden. Es kommt in diesem Bericht mehr auf den Gesamteindruck an, den der Besucher von der Ausstellung mit heim nimmt. Dabei sei gleich bemerkt, daß es ganz unmöglich ist, in einem kurzen Bericht die ganze Ausstellung in all ihren Einzelheiten zu würdigen, wie es auch unmöglich ist, in einem Tage die ganze Ausstellung mit Gewinn zu beschichtigen. Es ist fast zu viel, was hier geboten wird. Vielleicht wäre weniger auch hier mehr gewesen. Aber der Besucher, der die Ausstellung nach bestimmten Gesichtspunkten durchsichtigt, der überall nach einem bestimmten Zusammenhang seiner besonderen Interessen mit den Ausstellungen sucht, kann sich auch hier manches schenken, er kann manche Abteilungen der Ausstellung schneller und flüchtiger durchwandern und sich dafür in anderen desto länger aufhalten und längere Zeit auf das Studium der ausgestellten Dinge verwenden.

Um mit dem ersten Worte „Internationale Hygiene-Ausstellung“ zu beginnen: Sie ist wirklich international, die bedeutendsten Staaten haben ihr Gesundheitswesen in meist sehr überaus interessanten Darstellungen aufgezeigt. Einige Darstellungen sind sogar sehr interessant und entzückend angenehm, obwohl immer die Frage auftaucht, ob nicht manchmal mehr gezeigt wird, wie es sein sollte als wie es ist. Das ist aber eine Bemerkung, die auf die gesamte Ausstellung zutrifft. Es ist interessant, wie jede Staaten-Ausstellung je nach ihrer besonderen Regierungsform ihr eigenes Gepräge trägt: Italien stellt nicht ohne Mussolini aus und Rußland nicht ohne Lenin. Die russische Ausstellung wird besonders viel beachtet. Man muß es den Russen lassen, sie verstehen es, ihre Sachen agitatorisch zur Darstellung zu bringen. Nach dem ausgestellten Material wird in Sowjetrußland für Mutter und Kind besonders viel getan. Die Gleichberechtigung der Frau ist vollkommen durchgeführt — bis auf den Dienst in der Roten Armee, von dem die Frauen nicht ausgeschlossen sind. Im Zentral-Exekutivkomitee der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (der obersten vollziehenden Behörde) sind 137 Frauen als Mitglieder. Sehr gute Darstellungen geben die Russen über die Technik der Rede, des Flugblattes, von Filmbildern, Vorträgen, aber die Tätigkeit des Redaktors. Man sieht, es ist alles auf Propaganda eingestellt. Der Gesamteindruck der russischen Ausstellungen ist „amerikanisch“, verwirrend, verblüffend für den nicht ganz kritischen Beobachter. Wer aber Land und Leute in Rußland kennt, wird doch oft denken müssen: „Die Volkspartei hör ich wohl, allein es fehlt der Glaube“. Doch fehlt es auch nicht an begeisterten Anerkennungen, wie man in dem ausliegenden Zeitschriftenbum lesen kann.

Den Arbeiter interessiert natürlich besonders die Abteilung Arbeits- und Gewerbehygiene. Da wird sehr deutlich der Fortschritt gegen früher aufgezeigt. Aber der Gewerkschafter wird doch etwas enttäuscht, wenn er so wenig über die wichtige, ja

ausschlaggebende Rolle sieht, die die Gewerkschaften in den Fragen der Arbeits- und Gewerbehygiene gespielt haben. Immerhin kann man den meisten Forderungen, die hier aufgestellt werden, rückhaltlos beistimmen. Aber in so vielen Abteilungen der Ausstellungen, auch bei der „Frau“, beim „Kind“, bei „Wohnung“, „Kleidung“, „Lebensmittel“ steht zu oft: „Wir fordern“. — Die Hinweisse auf die Wege zur Erfüllung der Forderungen auf gesundheitsgemäße Lebensweise, Kleidung, gesunde Wohnung fehlen bedauerlicherweise in den meisten Fällen. Es wird nirgends etwas über die immerhin nicht ganz bedeutungslose Rolle gesagt, die Löhne und Gehälter in bezug auf Hygiene und gesunde Lebensführung spielen. Das enttäuscht den kritischen Besucher, während bei den Alltagsbesuchern leicht ein Gefühl: „Wie herrlich weit haben wir es gebracht“ hervorgerufen wird, obwohl es auch an Vergleichsmöglichkeiten nicht mangelt. In der russischen Gruppe findet sich allerdings ein Hinweis: „Arbeiterchutz und Sozialversicherung sind Sache der Gewerkschaften“. Dabei sind die russischen Gewerkschaften vollkommen bedeutungslos und ohne jeden Einfluß.

So hat man vielfach den Eindruck, als ob die vielen Wandersprüche in den verschiedenen Abteilungen nur programmatischen Charakter tragen. Ist der Artikel 157 der Reichsverfassung denn schon wirklich ganz und gar erfüllt? Und der eine Satz aus dem Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt: „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit“. Ein Recht, jawohl, aber wie ist es mit der Verwirklichung?

Ob die vielen Ausstellungskiosken und -abteilungen, die der Industrie zur Verfügung gestellt wurden, alle richtig und zweckentsprechend — „Hygiene-Ausstellung“ — besetzt sind, sei dahingestellt. Aber der Besucher hat in dieser Industriemesse ein sehr anschauliches Bild der fortschreitenden Rationalisierung auf allen Gebieten und wird zum Nachdenken über die Folgen dieser Rationalisierung auf Körper und Geist des Arbeiters angeregt.

Im Rahmen der vielen industriellen Ausstellungen fällt besonders auf die Ausstellung des Deutschen Brauerbundes, der zeitliche Hülfsmaschinen usw. zeigt, aber auch nicht verstanden, für einen mäßigen Biergenuss täglich Reklame zu machen. Abstoßend wirkt aber die Art, wie die Ansprüche berühmter Männer (gleich mit Lichtbild) zu Reklamen für den Alkoholgenuss umgedeutet werden, zum Beispiel Schiller: „Trink ihn aus, den Trank der Liebe und vergesse deinen Schmerz“; Goethe: „Hier sind wir versammelt zu blühendem Tan, drum, Brüderchen, ergo bibamus“; Bismarck: „Ich wurde von den Teufeln behandelt wie ein junges Küspferd für den zoologischen Garten und fand dafür Trost in gutem Biere“. Also trink, Brüderlein, trink! Aber was hat das mit der Hygiene zu tun?

Sehr anerkennend sind auch die Ausstellungen der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung, die über Zweck, Leistungen, Aufbau, Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Versicherungen eingehend unterrichten. Es wäre erwünscht, daß die Gegner der Sozialpolitik, die die Sozialversicherung radikal ablehnen möchten, diese Ausstellungen recht aufmerksam besichtigen,

dann würden sie vielleicht über die Berechtigung der viel angefeindeten Sozialpolitik anders denken. Der Besucher, der in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialpolitik bewandert ist, findet in der Ausstellung der Reichsregierung „100 Jahre sozialhygienische Gesetzgebung“ viele starke und unüberlegliche Beweise für die unzähligen Zusammenhänge zwischen Sozialpolitik und Gewerkschaftsbewegung. Erst die erstarkende Arbeiterbewegung selbst bringt die Sozialpolitik in lebhafteren Fluß.

Wer die Ausstellung besichtigt, sollte nicht veräumen, auch das Hygiene-Museum zu besuchen. Es ist das wertvollste an der ganzen Ausstellung, obwohl es ja eigentlich nicht dazugehört, weil es eine Dauereinrichtung ist. Vieles, was man schon in der Ausstellung gesehen, findet man hier wieder. Es ist ein Gewinn, das Hygiene-Museum mit Ruhe und Sorgfalt zu besichtigen. Kein Gebiet des ganzen weiten Feldes der Hygiene wird hier vergessen, alles wird klar und übersichtlich dargestellt. Hier fand ich auch einen Wandspruch, den ich in den anderen Teilen der Ausstellung vergebens gesucht hatte:

„Die Durchführung der Hygiene ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Ohne Sicherheit des Existenzminimums, ohne zureichenden Wohnraum, ohne richtige Arbeitsgestaltung, ohne Schaffung von Erholungsmöglichkeiten, ohne gezielten Gesundheitschutz ist keine ausreichende persönliche Gesundheitspflege möglich.“

Und weiter: „Hygiene erfordert Tugend, Vernunft, Nächstenliebe, Barmherzigkeit.“

Das ist es! Erst müssen die materiellen Vorbedingungen geschaffen werden, sonst bleiben alle guten Wünsche eben Wünsche. Das müßte an anderen Stellen der Ausstellung auch betont werden. So kommt es aber, daß einen die Ausstellung kalt läßt, und es wäre doch soviel Gelegenheit gegeben, die Menschen aufzurütteln und ihnen zu sagen: „So ist es und so müßte es sein! Helft mit, es zu bessern! Helft mit, ausreichende Löhne, gesundheitsgemäße Arbeitszeit, Arbeiterschutz und Arbeitshygiene zu schaffen!“ So sieht man überall nur den warnenden Finger, aber das Rezept zur Bekämpfung der Grundübel wird nicht gegeben.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung zeigt eine Fülle des wertvollsten Materials, aus dem jeder Besucher Anregung und Belehrung schöpfen kann, trotzdem noch vieles fehlt, was hätte gezeigt werden können und müssen. Wer aber die Zusammenhänge zwischen Sozialpolitik und Arbeiterbewegung kennt, der erkennt auch hier, wieviel die Gewerkschaften schon geleistet haben. Wenn und ja die meisten hier gezeigten Fortschritte zu verdanken. Den Vorschlägen, die sie im Verein mit sozial denkenden Wissenschaftlern anzubereiteten, und ihrem Drängen folgten ja erst die meisten sozialpolitischen und sozialhygienischen Maßnahmen, und diese Erkenntnis wird für den Gewerkschafter, der die Hygiene-Ausstellung besucht, ein Ansporn zu unermüdlicher weiterer Tätigkeit und zu weiterem Fortwärtstreben in den sozialpolitischen Fragen, die ja mit den Hauptaufgaben der Gewerkschaften so eng zusammenhängen. H. E.

Wahlen nach außen hin den Anschein erwecken muß, wie tatkräftig die Regierung die Krise bekämpft, hat man den Reichswirtschaftsrat nochmals zu einem neuen Gutachten über die Preise einzelner wichtiger Waren aufgefordert. Wir sind gewiß keine Gegner der Heranziehung des Reichswirtschaftsrates zu gutachtlichen Äußerungen; aber diese gutachtliche Stellungnahme zu den Preisen der Baustoffe, der Düngemittel, der Treibstoffe, von Kohle und Eisen u. a. m. hätte man, wenn man sie noch für nötig hielt, schon vor vier Wochen anfordern können. Die ganze Art des Vorgehens zeigt aber auch deutlich, daß die Regierung sich um jede eigene Verantwortung herumdrückt. Die Regierung hätte von Anfang an, zumindestens aber jetzt, die Pflicht gehabt, zu erklären: „In diesen und jenen Fällen halten wir ein Einschreiten gegenüber den Kartellen für notwendig, wollen aber vor den endgültigen Maßnahmen noch das Urteil des Reichswirtschaftsrates hören.“ Statt dessen läßt sie den Reichswirtschaftsrat Doktorfragen lösen, schiebt ihm die Verantwortung zu und seine Empfehlungen befolgt sie nicht einmal.

Die Regierung hat sich an die Empfehlungen des Reichswirtschaftsrates zur sofortigen Beseitigung der Preisbindungen für Lebens- und Genussmittel überhaupt nicht gehalten, seiner Aufforderung zum sofortigen Handeln auf wichtigen Gebieten ist sie gleichfalls nicht gefolgt, statt dessen fordert sie eine neue umfangreiche und langwierige Untersuchung über zahlreiche Einzelpreise an. Damit zeigt es sich deutlich, daß sie lediglich eine Verschleppungstaktik verfolgt. Von dieser Regierung kann man nach allem Vorangegangenen keine ernsthafte Bereitschaft zum Einschreiten gegenüber der Kartellwillkür erwarten. Mit den hochtrabenden Versprechungen des Preisabbaus, der bombastischen Kartellverordnung wird nur ein Wahlmanöver aufgeführt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Büfstadt. Am 22. August wurde durch den Tod des Kollegen Morweiser eine große Lücke in die Reihe unserer alten Pioniere gerissen. Mit wenigen Getreuen gründete Kollege Morweiser vor 25 Jahren die Zahlstelle Büfstadt des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Über zwei Jahrzehnte verwaltete er in musterständiger Treue das Amt des Kassierers der Zahlstelle. Bis zum Tode war er im Dienst der Bewegung tätig. Aber nicht nur die Gewerkschaftsbewegung hatte in ihm einen treuen Sachwalter, sondern auch Partei und Arbeitervereine fanden in ihm stets einen bereitwilligen Helfer, wenn es galt, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Schmerzerfüllt steht die gesamte Arbeiterschaft von Büfstadt an der Bahre des allzufrüh Verstorbenen. Eine stattliche Trauergemeinde versammelte sich am 24. August unter den roten Bannern der Arbeiterbewegung, um ihm das letzte Geleit zu geben. Nach einer Ansprache des Kollegen Behr sang der Arbeitergesangsverein Büfstadt einen Trauerchor. Kranzniederlegungen erfolgten durch die Gewerkschaft und die Zahlstelle Worms-Büfstadt des Fabrikarbeiter-Verbandes sowie von seiner Firma, der Arbeiterschaft seines Betriebes, der Ortsgruppe der Partei, des Gewerkschaftskartells Büfstadt und aller Arbeitervereine. Möge die Saat, die Kollege Morweiser in jahrzehntelanger aufopferungsvoller Arbeit gesät hat, ihre Früchte tragen zum Besten der gesamten Arbeiterbewegung! Sein Andenken wird von uns stets in Ehren gehalten werden.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang August 1930.

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wächst auch die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die das Anrecht auf den Bezug der Arbeitslosenunterstützung verlieren. Nach der letzten amtlichen Statistik bezogen am 31. Juli 1930 1 497 100 Arbeitslose Arbeitslosen- und 403 306 Krisenunterstützung, insgesamt 1 900 406. Als arbeitslos waren aber 2 757 000 bei den Arbeitsnachweisen gemeldet, mithin erhielten 857 000 Arbeitslose keine Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. Wenn auch ein Teil der Ausgesteuerten, der annähernd auf eine halbe Million geschätzt wird, Wohlfahrtsunterstützung von den Gemeinden erhält, so bleiben doch immerhin Hunderttausende von Arbeitslosen ohne jede Unterstützung. Die Gesamtsumme, die in diesem Krisenjahre für die Unterstützung der Arbeitslosen aufgewandt wird, ist zwar außerordentlich hoch und dürfte einschließlich der Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden wenig hinter 3 Milliarden Mark bleiben. So entfällt auf den einzelnen Arbeitslosen jedoch nur ein verhältnismäßig geringer Betrag. Das Institut für Konjunkturforschung berechnet den Lohnausfall infolge Arbeitslosigkeit allein im Halbjahr 1930 auf über 3 Milliarden Mark. Da die Arbeitslosigkeit auch in den folgenden Quartalen doch nur unerheblich zurückgehen wird, so kann man für 1930 den jährlichen Lohnausfall infolge der Wirtschaftskrise auf mindestens 6 Milliarden Mark schätzen. 6 Milliarden jährlicher Lohnverlust, das ist die Summe, um die die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse infolge der Wirtschaftskrise verschlechtert wird.

Die Arbeitslosigkeit weist für Ende Juli eine Steigerung auf. Nach der Gewerkschaftsstatistik stieg der Anteil der Arbeitslosen bis Ende Juli gegenüber dem Vormonat von 19,9 auf 20,8 v. H. der Mitglieder und der Anteil der Kurzarbeiter von 12,3 auf 13,5 v. H. Im Juli 1929 waren die Verhältniszahlen für Arbeitslose 8,5, für Kurzarbeiter 6,5. Der Tiefstand der Beschäftigung liegt aber nicht in den Konjunkturgewerben, sondern in den Saisonberufen. Die Arbeitsmarktbewegung von 1930 müßte die Auffassung der bürgerlichen Sozialpolitiker, daß die Saisonarbeiter mit ihren angeblich hohen Saisonverdiensten zu Unrecht Arbeitslosenunterstützung beziehen, zur Korrektur zwingen. Ende Juli waren 36,8 v. H. der Arbeiter der Saisonberufe arbeitslos, während auf die Konjunkturgruppe 17,0 v. H. entfielen.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes weist ebenfalls eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes für unsere Mitglieder auf. Insgesamt wurden von unserer Statistik 355 228 männliche, 95 278 weibliche, insgesamt 450 536 Mitglieder, das sind zirka 97 Prozent der Gesamtmitgliedschaft, erfaßt. Davon waren 88 983 oder 19,7 v. H. arbeitslos und 61 791 oder 13,7 v. H. arbeiteten verkürzt. Im Vormonat war die Verhältniszahl 17,9 v. H. Arbeitslose und 11,6 v. H. Kurzarbeiter. Umgerechnet in Vollarbeitslose waren Ende Juli nur 75,7 v. H. der Mitglieder unseres Verbandes voll beschäftigt, gegenüber 91,0 v. H. im Juli 1929 und 93,3 v. H. im Juli 1928. Der Unterschied zwischen Juli 1928 und Juli 1930 ist die Wirkung der Wirtschaftskrise, die sich inzwischen zur Weltwirtschaftskrise größten Ausmaßes gesteigert hat, die auch in anderen Staaten die Arbeitslosigkeit außerordentlich erhöht hat. So beträgt die Zahl der registrierten Arbeitslosen in England weit über 2 Millionen und steigert sich von Woche zu Woche mit fürchterlicher Regelmäßigkeit. Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriegruppen unseres Verbandes entwickelte, zeigt folgende Übersicht:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	1930			Ende Juni			Ende Juli		
	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.
Fabrikarbeiterverband									
insgesamt	18,1	16,9	17,9	20,1	18,3	19,7			
In der Industriegruppe:									
Chemie	13,6	17,3	14,2	14,9	17,8	15,6			
Papier	10,1	12,8	10,6	11,3	14,6	12,0			
Nahrungsmittel	17,7	17,1	17,6	17,4	14,9	16,8			
Spielwaren, Blumen und so weiter	33,1	25,6	28,6	36,0	27,7	31,4			
Sonstige Industrien	26,8	19,4	24,9	30,1	21,4	27,8			
Keramischer Bund									
insgesamt	21,9	17,8	21,2	25,6	19,3	24,5			
a) Porzellan	17,5	15,1	16,6	19,7	16,1	18,5			
b) Glas	22,7	19,4	22,2	27,2	22,0	26,5			
c) Grobkeramik usw.	22,9	20,8	22,7	26,7	22,5	26,3			

arbeiteten verkürzt:

	1930			Ende Juni			Ende Juli		
	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.
Fabrikarbeiterverband									
insgesamt	10,7	14,9	11,6	12,4	18,3	13,7			
In der Industriegruppe:									
Chemie	10,8	17,2	12,4	12,1	12,5	13,9			
Papier	13,2	18,5	14,3	17,9	25,2	19,4			
Nahrungsmittel	6,1	1,4	4,9	6,7	3,2	5,9			
Spielwaren, Blumen und so weiter	24,8	31,6	28,8	17,3	23,8	22,6			
Sonstige Industrien	4,5	9,4	5,7	6,5	9,9	7,4			
Keramischer Bund									
insgesamt	11,4	14,6	11,9	12,8	20,1	14,1			
a) Porzellan	25,0	21,1	23,5	33,2	30,7	32,3			
b) Glas	8,6	8,6	8,6	8,8	11,7	9,2			
c) Grobkeramik usw.	8,6	8,9	8,7	8,4	8,6	8,4			

Gegenüber dem Vormonat ist die Arbeitslosigkeit mit Ausnahme der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in allen Industriegruppen unseres Verbandes gestiegen. Sowohl die Produktions- und Baustoffindustrie als auch Konsumindustrien (Porzellan, Glas, Spielwaren), zeigen erhebliche Zunahme. Immer noch überwiegen Entlassungen und Stilllegungen. Nur verhältnismäßig wenige Betriebe melden Besserung des Beschäftigungszustandes. Allein in 6 Betrieben der chemischen Industrie Ludwigshafen hat sich die Zahl der Beschäftigten seit Anfang dieses Jahres um 3500 verringert.

Nach der geographischen Verteilung zeigen die stärkste Arbeitslosigkeit die Bezirke Ostpreußen mit 25,8 v. H., linkes Rheinland mit 25,6 v. H. (und 46,9 Kurzarbeit), Rhein- und Hessen-Rhassau mit 24,7 v. H. In allen Bezirken ist eine erhebliche Verschlechterung eingetreten. Die niedrigste Arbeitslosigkeit haben Württemberg mit 12,9 v. H., Südbayern mit 13,8 v. H. Alle übrigen Bezirke nähern sich der durchschnittlichen Verhältniszahl an.

um „unliebsame Elemente“ aus dem Betriebe zu entfernen. Kühnke glaubte die Maßnahmen der Gewerkschaften nicht mehr decken zu können, da angeblich alles ein abgekartetes Spiel sei. Es wurde ihm aber nachgewiesen, daß er erst, nachdem er aus unserem Verband ausgeschlossen ist, uns so bekämpft, während er die früheren Maßnahmen stets gutgeheißen hat. Die Ragniter Arbeiterschaft bedankt sich für solche „Führer“, die die augenblicklich schwer um ihre Existenz ringende ostpreussische Zellstoffarbeitererschaft noch mehr schädigen, alles vor die Hunde geben lassen wollen, was sich die Arbeiterschaft in jähem Ringen erkämpft und geschaffen hat. Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, dies dürfte genügen, um die Taktik der Gewerkschaftsfeinde von rechts und links zu kennzeichnen. Daher schließt euch zusammen im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und zeigt jenen „Arbeitervertretern“ am 14. September d. J., daß unsere Stimmen der Liste 1, der Sozialdemokratischen Partei, gehören.

Franz Lengwena.

Internationale Arbeiterbewegung.

Der Fabrikarbeiterverband in der Tschechoslowakei.

Unser Bruderverband in der tschechoslowakischen Republik zählte zum Schluß des Jahres 1929 11 159 Mitglieder, von denen 521 männlich und 2172 weiblich waren. Jugendliche Mitglieder wurden 468 gezählt. Die 11 159 Mitglieder verteilten sich auf 84 Ortsgruppen. Der Mitgliedererwerb im verfloßenen Jahre betrug 586. Die Fluktuation ist in den tschechoslowakischen Verbänden sehr groß, weil auch dort die Rationalisierung und die häufigen und umfangreichen Betriebsänderungen außerst ungenügend auf den Arbeitsmarkt und damit auf den Mitgliederkreis der Gewerkschaften einwirken. Trotzdem ist der Einfluß der freien Gewerkschaften sehr bedeutend. Das zeigt sich schon in dem Ausgang der Wahlen zu den Betriebsausschüssen, deren Mitglieder zu 95 Prozent den freien Gewerkschaften angehören.

Wie in Deutschland, so versuchen auch in der Tschechoslowakei die Unternehmer die ungünstige Wirtschaftslage zu Verschleierungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszunutzen. Das konnte der Fabrikarbeiterverband fast immer abwehren, abgesehen von einem Falle, in dem kommunistische Quertreibereien die Schlagkraft der Arbeiterschaft geschwächt hatte. Insgesamt wurden 51 Lohnverträge für 11 027 Beschäftigte mit einer Jahreslohnverhöhung von 2 835 190 Kronen abgeschlossen.

Die Einnahmen des Fabrikarbeiterverbandes betragen im verfloßenen Jahre 2 239 641,84 Kronen, davon waren 1 733 762 Kronen Einnahmen aus Beiträgen. Die Gesamtausgaben betragen 2 275 261,25 Kronen. Für Streikunterstützung wurden im Jahre 1929 367 940,55 Kronen ausgegeben. Das Verbandsvermögen wird für den Schluß des Jahres 1929 mit 2 893 097,24 Kronen angegeben. Das Verbandsorgan unseres tschechoslowakischen Bruderverbandes ist die „Verbands-Zeitung“, die halbmönatlich in einer Auflage von 11 300 Stück erscheint.

Die Auseinandersetzungen mit den Unternehmern führten zu vier Streiks und einer Absperrung, an denen insgesamt 1358 Personen beteiligt waren. Ein Streik in der Kunstlederindustrie, an dem 1000 Personen beteiligt waren, endete infolge der kommunistischen Taktik erfolglos.

Im allgemeinen zeigt der Jahresbericht des Fabrikarbeiterverbandes in der Tschechoslowakei, daß die Organisation der Fabrikarbeiter weitere Fortschritte macht, und daß der gewerkschaftliche Gedanke und die gewerkschaftlichen Organisationen sich weiter entwickeln, wovon der neueste Zusammenschluß ja ein überzeugender Beweis ist.

Rundschau.

VII. Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene findet vom 22. bis 24. September in Breslau statt. Zum ersten Hauptverhandlungsthema „Arbeit und Wohnung“ sprechen vom ärztlich-hygienischen Standpunkt Stadtmedizinalrat Prof. Dr. von Origiński (Berlin), vom baulich-hygienischen Ministerialrat Herrmann (Berlin) vom Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt, und vom betrieblichen Standpunkt Regierungsgewerberat a. D. Oberingenieur Richter (Münster). Das zweite Hauptverhandlungsthema „Hygiene im Büro und in kaufmännischen Betrieben“ sieht einführende Referate von Gemeinmedizinalrat Dr. Holtzlein (Frankfurt a. O.) und Ministerialrat Dr. Ing. Kremer (Berlin) vom Preuss. Ministerium für Handel und Gewerbe vor. In einer größeren Anzahl kurzer Berichte über neuere wichtige Beobachtungen und Originalarbeiten auf dem Gebiete der Gewerbehygiene werden aktuelle Fragen des gesundheitlichen Arbeitsschutzes erörtert.

An die Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene schließen sich die Ärztliche Jahresagung und ein allgemeiner gewerbehygienischer Vortragskurs an.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbücher gestohlen.

Den Kollegen Willi Brösger, Buch-Nr. 934 835, und Wilhelm Kraftlich, Buch-Nr. P 58 702, beide Mitglieder der Zahlstelle Annaburg, Bezirk Halle, wurden die Mitgliedsbücher gestohlen. Die Bücher sind gesperrt und müssen zurückbehalten und an den Hauptvorstand eingepandt werden, wenn sie in betrügerischer Absicht vorgezeigt werden.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle: Ladenburg: Theodor Haas, Buch-Nr. 668 032; auf Grund des § 14 Ziffer 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Altkönig: Max Haslinger, Buch-Nr. 822 328, Sebastian Stötmeyer, Buch-Nr. 976 203.

LINDCAR
Jetzt auch Nähmaschinen!
LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE
Unternehmen der freien Gewerkschaften
 Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen
 gegen kleinste Wochenraten, durch das Werk, unsere
 Niederlagen und alle Ortsausschüsse des A. D. G. B.

Chemische Industrie

Eine wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts zum § 7 des Reichsmanteltarifvertrages für die chemische Industrie.

Eine wichtige Entscheidung über die Auslegung des § 7 des Reichsmanteltarifvertrages für die chemische Industrie in bezug auf die Berechnung des Verdienstes bei der Urlaubsgewährung ist vom Reichsarbeitsgericht in Leipzig in Sachen des Arbeiters Paul Weglow gegen die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft, Mineralölwerke, Roßig, gefällt worden. Der Streikfrage lag folgender Tatbestand zugrunde. Der klagende Kollege bekam einen tariflichen Stundenlohn von 79,5 Pf. und dazu auf Grund des § 7 eine Schmutzulage von 20 Prozent zum Stundenlohn. Bei der Urlaubsgewährung wurde jedoch nur der reine Stundenlohn ausgezahlt, die Schmutzulage von 20 Prozent wurde nicht gewährt, die Nichtgewährung mit den Bestimmungen des § 12 Abs. 1 und 2 begründet, in welchem es heißt:

1. Alle Arbeiter erhalten nach mindestens einjähriger ununterbrochener Tätigkeit in demselben Betriebe unter Fortzahlung des Tagelohnes, d. h. des achtfachen tariflichen Stundenlohn, Urlaub.
2. Tariflicher Stundenlohn ist der im Bezirkslohnabkommen für den betreffenden Arbeitnehmer aufgeführte Stundenlohn.

Am Arbeitsgericht war der Kläger mit seiner Ansicht, daß die 20 Prozent Schmutzulage auch bei der Gewährung des Urlaubslohn mit eingerechnet werden müsse, durchgedrungen. Das Landesarbeitsgericht in Leipzig kam jedoch zu einer gegenteiligen Ansicht, worauf das Reichsarbeitsgericht als letzte Berufungsinstanz angerufen wurde, die das Urteil des Landesarbeitsgerichts aufhob und den Gründen des Klägers beifolgt. Hierdurch ist festgestellt, daß Schmutzulagen usw. auch während der Urlaubsgewährung zu zahlen sind.

Es würde zu weit führen, die Begründung des Reichsarbeitsgerichts in Leipzig und die Entscheidungsgründe vollständig wiederzugeben, jedoch sollen in nachfolgenden einige interessante Stellen wiedergegeben werden. Das Reichsarbeitsgericht sagt: „Das Urteil des Landesarbeitsgerichts in Leipzig vom 12. Dezember 1929 wird aufgehoben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Arbeitsgerichts in Leipzig, Zweigstelle Borna, vom 14. Oktober 1929 zurückgewiesen. Die Kosten usw.“

Aus den Entscheidungsgründen. „Das Landesarbeitsgericht ist davon ausgegangen, daß der Kläger, der bei der Beklagten als Stocherer beschäftigt wurde, auch an den Tagen, die für ihn als Urlaubstage in Frage kamen, als Stocherer beschäftigt gewesen sein würde, wenn er nicht Urlaub gehabt hätte, daß er also auch in diesen Tagen neben dem Stundenlohn die Schmutzulage von 20 Prozent verdient haben würde. Es entspreche, so hat es ausgeführt, an sich der natürlichen Auffassung, daß der Arbeitnehmer während des Urlaubs Zahlung desjenigen Lohnes beanspruchen könne, den er verdient haben würde, wenn er in dieser Zeit gearbeitet hätte, und aus diesem Gesichtspunkte würde auch der Kläger neben dem Stundenlohn die Zahlung der Schmutzulage für die Tage des Urlaubs haben beanspruchen können. Das Landesarbeitsgericht hat aber angenommen, daß durch die im § 12 Nr. 1 und 2 des Reichsmanteltarifvertrages erfolgte besondere Regelung der Urlaubsvergütung der Anspruch auf Zahlung der Schmutzulage ausgeschlossen sei. Die Revision bekämpft diese Auffassung als rechtsirrig, indem sie unrichtige Auslegung des Reichsmanteltarifvertrages und des zugehörigen Bezirkslohnabkommens der Sektion Vb rügt.

Das Reichsarbeitsgericht hat wiederholt in seinen Entscheidungsgründen hervorgehoben, daß die mit der Urlaubsgewährung zusammenhängenden Fragen stets aus den Bestimmungen des jeweilig maßgebenden Tarifvertrages heraus entschieden werden müßten. Auf der anderen Seite hat es aber in ständiger Rechtsprechung das Wesen des Urlaubsrechts darin gefunden, daß es dem Arbeitnehmer einen Anspruch auf Freizeit und einen Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes während der Urlaubstage gewährt.“

Weiter weist das Reichsarbeitsgericht darauf hin, daß es in Fortentwicklung dieses Grundsatzes wiederholt grundsätzlich die Auffassung vertreten hat, daß der Arbeitnehmer in Ermangelung anderer Vereinbarung während des Urlaubs Anspruch auf Zahlung desjenigen Arbeitslohn hat, den er verdient haben würde, wenn er in den Urlaubstagen gearbeitet hätte. Es wird dann weiterhin der Einwand des Beklagten, daß der § 12 Abs. 1 und 2 dem widerspreche, durch die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts widerlegt. Hierüber heißt es in der Begründung:

„Der Auffassung des Landesarbeitsgerichts vermag das Reichsarbeitsgericht nicht beizutreten. Wie bereits hervorgehoben, ist es in dem Wesen des Urlaubs begründet, daß der Arbeitnehmer an sich für die Urlaubstage Anspruch auf Fortzahlung desjenigen Lohnes hat, den er verdient haben würde, wenn er während der Urlaubstage gearbeitet hätte. Von dieser grundsätzlichen Auffassung aus muß auch im vorliegenden Falle der Anspruch des Klägers auf Fortzahlung der Schmutzulage während des Urlaubs für begründet erachtet werden, wenn nicht durch besondere tarifliche Vereinbarung die Fortzahlung ausdrücklich ausgeschlossen worden ist. Die Tarifbestimmung des § 12 Ziff. 1 und 2 des Reichsmanteltarifvertrages, auf die sich die Beklagte stützt, bringt aber einen dahingehenden Willen der Tarifvertragsparteien nicht hinreichend klar zum Ausdruck. Die Schmutzulage ist nicht etwa eine lediglich auf einer Betriebsvereinbarung beruhende Zulage, sie hat vielmehr ihre Grundlage in dem § 7 des Reichsmanteltarifvertrages; sie ist aber auch weiter in § 7 des Bezirkslohnabkommens aufgeführt, der die Fortzahlung der Zuschläge für Arbeiten gefährlicher und gesundheitschädlicher Art, sowie für besonders schmutzige Arbeiten in gleicher Höhe wie bisher vorsieht.“

Und an anderer Stelle wird gesagt:

„Es handelt sich also bei der Schmutzulage um eine in dem Tarifabkommen, und zwar auch in dem Bezirkslohnabkommen aufgeführte Lohnzulage. Wenn deshalb in § 12 Ziffer 2 des Reichsmanteltarifvertrages als tariflicher Stundenlohn der im Bezirkslohnabkommen für den betreffenden Arbeitnehmer aufgeführte Stundenlohn bezeichnet wird, so ist damit die Schmutzulage nicht notwendig ausgeschlossen. Daß darunter lediglich der nach § 5 des Bezirkslohnabkommens in der Lohnaufstellung festgesetzte Stundenlohn hat verstanden werden sollen, ist weder dem Wortlaut der Ziffer 2 noch den sonstigen Bestimmungen des Reichsmanteltarifvertrages, insbesondere den von der Beklagten in Bezug genommenen Paragraphen 8 und 9 mit hinreichender Deutlichkeit zu entnehmen; auch die in den Ziffern 3 und 4 des § 12 des Reichsmanteltarifvertrages für die Überstunden und diejenigen Arbeiter,

die überwiegend im Akkord gearbeitet haben, getroffenen besonderen Regelungen rechtfertigen nicht notwendig den Schluß, daß die Tarifvertragsparteien durch die gegenüber der früheren Fassung des Reichsmanteltarifvertrages in die Fassung vom 15. Oktober 1927 aufgenommene Erläuterung des Begriffes des tariflichen Stundenlohn die Urlaubsvergütung — abgesehen von den in Ziffer 3 und 4 enthaltenen besonderen Bestimmungen — lediglich auf den in der Lohnaufstellung zum Bezirkslohnabkommen festgesetzten Stundenlohn haben beschränken und damit die Fortzahlung der Schmutzulage haben ausschließen wollen, gegenüber dem sich aus dem natürlichen Urlaubsbegriffe ergebenden Anspruch auf Urlaubsvergütung hätte eine solche Beschränkung in einer klaren und Zweifel ausschließenden Fassung zum Ausdruck gebracht werden müssen. Die Annahme des Landesarbeitsgerichts, daß durch § 12 Ziffer 1 und 2 des Reichsmanteltarifvertrages der Anspruch des Klägers auf Fortzahlung der Schmutzulage während der Urlaubstage tarifvertraglich ausgeschlossen sei, beruht daher auf einer unrichtigen Auslegung dieser Tarifvertragsbestimmungen. Da ein tarifvertraglicher Ausschluß der Fortzahlung der Schmutzulage nicht festzustellen ist, ist der Klageanspruch als begründet anzuerkennen, und es war deshalb unter Aufhebung des angefochtenen Urteils die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Arbeitsgerichts zurückzuweisen.

Die Kosten der Berufungs- und Revisionsinstanz sind der Beklagten nach § 91 ZPO. aufzuerlegen.

Damit ist eine grundsätzliche Frage im Tarifvertrag geklärt, die weitgehende Beachtung verdient und die hauptsächlich deshalb interessiert durch die Feststellung, daß die Zulagen auf Grund des § 7 ein Bestandteil des Lohnes sind. Wir halten diese Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts für wichtig genug, daß wir sie hierdurch zur Kenntnis unserer Mitglieder bringen.

R. Segeter.

Vorsicht mit Leitern!



Bestell-Nr. 304 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen

Jahr um Jahr nehmen die Unfälle mit Leitern in der Statistik einen breiten Raum ein. Für sehr viele wird es erstaunlich und überraschend sein, daß bei diesen meistens als harmlos angesehenen alltäglichen Unfällen sogar eine nicht unbedeutende Zahl von Todesfällen zu verzeichnen ist.

Daher sollten nicht nur in Gewerbebetrieben, sondern auch im Haushalt die folgenden 10 Gebote für die Benutzung von Leitern mehr beachtet werden (aufgestellt von der Berufsvereinerung für den Einzelhandel):

1. Bevor du eine Leiter besteigst, prüfe ihre Gänge.
2. Steige auf einer Leiter nie bis zur obersten Stufe.
3. Stelle Klappleitern stets vollständig aus.
4. Benutze die Anstell-Leiter nicht als Anlege-Leiter.
5. Lege Anlege-Leitern nicht zu sehr geneigt an.
6. Wende dich auf der Leiter nicht seitwärts.
7. Hänge Einhakenleitern stets in die dafür vorhandene Vorrichtung.
8. Besteige keine Leiter, auf der schon jemand steht.
9. Betrachte eine Leiter nicht als Turngerät.
10. Benutze keine schadhafte Leitern.

Konferenz der Arbeiterschaft

der Gummi- und Chemischen Industrie im Bezirk Hannover.

Der Gau 1, Eich Hannover, hatte zum Sonntag, dem 24. d. M., nach Hannover eine Konferenz der in der Gummi- und chemischen Industrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen einberufen. Zu der Konferenz waren 82 Delegierte erschienen. Als Vertreter des Hauptverbandes war Kollege Parfisch und von der Zentralbranchenleitung Chemie Kollege Haupt anwesend. — Mit einer kurzen Begrüßung durch Kollegen Scheinhardt wurde die Konferenz eröffnet.

Kollege Haupt sprach über „Die wirtschaftliche Lage in der chemischen Industrie“. Er führte etwa folgendes aus: Wir befinden uns in einer Weltwirtschaftskrise, von der auch Deutschland nicht verschont geblieben ist. Diese Krise stimmt in den Ursachen mit allen bisherigen Krisen überein, aber bei der diesmaligen Krise ist die durch Rationalisierung der Maschinen- und der menschlichen Arbeitskraft herbeigeführte Steigerung der Produktion weit größer als es in früheren Krisen der Fall war. Durch die Rationalisierung sind ungezählte Arbeitskräfte überflüssig geworden, die in absehbarer Zeit unter den heutigen Arbeitsverhältnissen nicht wieder beschäftigt werden können. Dabei haben wir mindestens für Deutschland zu verzeichnen, daß die Produktionsmöglichkeiten weit größer sind als der Bedarf und daß trotzdem die Unternehmer durch gebundene Preise annehmbare, ja gute Verdienste erzielen. Die Dividende ist kein Maßstab zur Beurteilung der Rentabilität. Die Überschüsse werden nur zum kleinsten Teil als Dividende verteilt; der größte Teil fließt anderen Zwecken zu. Die Stilllegung vieler Betriebe kann nicht als Krisenercheinung angesehen werden. Die verbesserte Produktionstechnik gibt vielmehr den Großbetrieben die Möglichkeit, die kleinen zu erdrosseln. Die Gesamtproduktion steht auch während der Krisenzeit noch über der Produktion der letzten Jahre.

Die chemische Industrie ist von dieser Krise nicht betroffen. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für alle Staaten mit chemischer Industrie. Der Wert der Weltproduktion an Chemikalien betrug im Jahre 1913 10 Milliarden Goldmark und ist bis zum Jahre 1927 stetig bis auf 22 Milliarden Goldmark gestiegen. Unter Berücksichtigung der Goldentwertung ist die Produktion in dieser Zeit immerhin um stark 80 Prozent gestiegen, woran Deutschland seinen erheblichen Anteil hat. Zwar ist der Anteil Deutsch-

lands an der Weltproduktion vom Jahre 1913 bis 1927 von 24 auf 18 Prozent gesunken, aber wertmäßig betrug der Anteil Deutschlands an der Weltproduktion von 1913 2,4 Milliarden Mark gegenüber 3,5 Milliarden Mark im Jahre 1927.

Der Anteil Deutschlands an den einzelnen Chemikalien schwankt sehr stark. An Stickstoffdüngemitteln hat Deutschland einen Anteil von 20 Prozent, an Teerfarben von 12 Prozent und an Kunstseide von 5 Prozent.

Deutschlands Ausfuhr an Chemikalien hatte im Jahre 1913 einen Wert von 860 Millionen Mark, das sind 9 Prozent des Wertes der gesamten deutschen Ausfuhr, im Jahre 1929 wurden für 1 450 000 000 Mark Chemikalien ausgeführt, was 11 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhr bedeutet. Nach der Textilindustrie ist die chemische Industrie heute die größte Ausfuhrindustrie Deutschlands. Auch die Rentabilität der chemischen Industrie ist dauernd im Steigen begriffen. Zur Beurteilung der Rentabilität stehen leider nur die Ergebnisse der Aktiengesellschaften zur Verfügung. Danach beträgt die durchschnittliche Rentabilität der Aktiengesellschaften der chemischen Industrie für das Geschäftsjahr 1928/29 9 Prozent, während die übrigen Aktiengesellschaften eine Durchschnittsrentabilität von nur 6,7 Prozent erreichten.

Trotz dieser stetigen Aufwärtsentwicklung der chemischen Industrie hat das größte Unternehmen, die I. G. Farbenindustrie, im Jahre 1929 rund 17 000 Arbeiter entlassen. In den übrigen Betrieben sind schätzungsweise auch noch etwa 5000 Arbeiter wegen Zusammenlegung der Betriebe, Stilllegung einzelner Fabriken usw. entlassen worden. Trotz dieser Massenentlassungen ist nach den Ausweisen der Berufsvereinerung der chemischen Industrie die Zahl der Vollarbeiter im Jahre 1929 von 398 000 auf 401 000 gestiegen. Diese Zunahme beweist obige Darlegungen. Bei untern gewerkschaftlichen Maßnahmen haben wir aber nicht nur die Lage der jeweils in Betracht kommenden Industrie zu berücksichtigen, müssen vielmehr den Gesamtarbeitsmarkt beachten, der heute in Deutschland über drei Millionen Arbeitslose ausweist.

Von den Delegierten wurde die Lage der Gummi- sowie chemischen Industrie im Tarifgebiet sehr eingehend besprochen. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß in vielen Fällen Entlassungen verhütet werden könnten, wenn von den Arbeitgebern keine Überstunden verlangt würden. — Mit Inkrafttreten des neuen Bezirkslohnvertrages ist von den Arbeitgebern vielfach der Versuch unternommen worden, die Arbeiter in niedrigere Lohnklassen zu versetzen, obwohl diese Handlung der Arbeitgeber im Vertrag keine Rechtfertigung fand. — An der Aussprache beteiligten sich Kollege Parfisch und die Kollegen aus den Zahlstellen Hannover, Nienburg, Gronau, Stadtdorndorf, Celle und Osnaabrück.

Es wurde auch insbesondere auf die Gefahren in der chemischen Industrie aufmerksam gemacht. Die Erkrankungen in der Gummiindustrie sowie die Vergiftung durch Tri bei der Firma Günther Wagner in Hannover waren Gegenstand einer lebhaften Aussprache. Die Gauleitung sowie die Branchenleitung äußerten den Wunsch, daß alle Unfälle umgehend an die Gau- oder Branchenleitung gemeldet werden sollen, damit im Interesse unserer Kollegen schwere Schädigungen der Gesundheit verhütet werden können.

Gegen 3 Uhr wurde die eindrucksvolle Konferenz geschlossen.

Papier-Industrie

Lohnabbau.

Neben der Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung — von den Unternehmern Reform der sozialen Gesetzgebung genannt — verlangen die Arbeitgeber auch noch Lohnabbau mit staatlicher Hilfe, sowohl auf dem Wege über die staatlichen Schlichtungsinstanzen, als auch über die Gesetzgebung. Dieser Vorgang ist nichts Neues. Auch daß ihnen in diesem Bestreben, die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterschaft zu verschlechtern, christliche Gewerkschaftsangehörige zu Hilfe eilen, ist nichts Neues.

Auf dem Verbandstage des christlichen Metallarbeiterverbandes im August 1920 in Essen führte der Vorsitzende dieser Organisation, Herr Franz Wieber, zur Frage des Achtstundentages folgendes aus:

„Wir können den schematischen Achtstundentag bei der heutigen Lage unseres Vaterlandes kaum ertragen, denn all die Hunderttausende, die heute, sagen wir einmal, in gewissen Sinne nur Anwesenheitsgelde bekommen, müssen durch die anderen erhalten werden. Ist das vielleicht recht? Wer das als recht ansieht, der kann ein Sozialist sein, aber vom christlichen Standpunkt aus ist das kein Recht. Da wird das scheinbare Recht zum schreienden Unrecht und gerade die Arbeiter haben ein großes Interesse daran, daß mit diesem Erlaß, den damals die sogenannten „Volksbeauftragten“ angerichtet haben, sobald wie möglich aufgeräumt wird.“

Nach einem Bericht des „Essener Generalanzeigers“ soll Wieber damals ferner gesagt haben:

„Das bißchen Freiheit, was wir durch die Revolution eingehandelt haben, wiegt nimmermehr das verhängnisvolle Geschenk des Achtstundentages auf.“

Damals also wandte sich der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Herr Franz Wieber, im schärfsten Tone gegen den Achtstundentag. Einige Jahre später aber mußte dieselbe Organisation den damaligen Reichsarbeitsminister bestärken, damit dieser wenigstens auf dem Verordnungswege in der Schweißindustrie die mittlerweile wieder eingerissene Praxis des Dreischichtensystems zugunsten des Dreischichtensystems beseitigte. Harte Worte wurden damals von den Vertretern des christlichen Metallarbeiterverbandes in Versammlungen, in der Presse, in der Öffentlichkeit und bei sonstigen Gelegenheiten über die Ausbeutung der Arbeiterschaft durch die Unternehmer gebraucht.

Als Franz Wieber im Jahre 1920 seinen Schlichtungsplan gegen den Achtstundentag auf seiner Verbandsgeneralversammlung offenbarte, hatte man auch im Unternehmerlager bereits Morgenluft gewittert. Trotzdem sich im Jahre 1920 das deutsche Volk in der Zeit der ansteigenden Inflation befand und der Geldwert der Löhne bereits stark vermindert worden war, verlangten die Arbeitgeberverbände neben der von Franz Wieber propagierten Beseitigung des Achtstundentages gleichzeitig den Lohnabbau. Die damaligen Forderungen der Arbeitgeberverbände der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie, Gruppe besetztes und unbeseztes Rheinland, in dem der damalige Syndikus Dr. Coerper seinen Mitgliedern u. a. folgendes schrieb:

Zur Vorbereitung für den Lohnkampf, der um den Lohnabbau noch zu führen ist, bedürfen wir besserer Waffen als bisher. Wir können uns nicht allein auf eine etwaige Senkung der Lebenshaltungskosten stützen, sondern müssen vor allem auch die Gründe wirtschaftlicher Natur, die sich aus den besonderen technisch-wirtschaftlichen Verhältnissen unseres Landes ergeben, für den Lohnabbau geltend machen können. Dazu bedarf es in erster Linie genauerer Feststellungen über die Produktivität der Arbeit und dem Anteil des Arbeitslohn an den Produktionskosten.

Die Lohnfrage ist von der deutschen Industrie in Zukunft nur zu lösen, wenn jeder Betrieb bestrebt ist, mit einem Minimum an ausgeübten Arbeitern ein Maximum an Quantität und Qualität der Produktion zu erzielen, denn der verhältnismäßige Anteil des Arbeitslohnes des einzelnen Arbeiters an den Produktionskosten ist nicht mehr der niedrige Stand vor dem Kriege, sondern vielmehr ist der verhältnismäßige Anteil des Arbeitslohnes der Gesamtheit der Arbeiter eines Betriebes an dessen Gesamtproduktionskosten auf ein erträgliches, auch die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wieder ermöglichendes Maß herunterzubringen.

Sinn und Zweck dieser Ausführungen sind für jeden Arbeiter klar.

Zehn Jahre sind vergangen, seitdem sich Franz Wieber für die Beseitigung des Achtstundentages und die Arbeitgeberverbände für den Lohnabbau einsetzten. Die rheinischen Papierarbeiter haben beide Maßnahmen während dieser Zeit zur Gänze ausgekostet. Erst Ende 1927 konnte das mörderische Zwischschichten-system beseitigt werden, die Arbeiterinnen und Tagelöhner sind auch heute noch gezwungen, auf Anordnung des Arbeitgebers bis zu 54 Stunden je Woche und mit Zustimmung des Betriebsrats bis zu 60 Stunden je Woche zu schuften. Der von Franz Wieber propagierte Gedanke hat sich dank seiner Hilfe durchgesetzt und die deutsche Arbeitererschaft leidet heute noch darunter. Wenn auch der Lohnabbaudanke der Arbeitgeberverbände durch den Widerstand der Gewerkschaften nicht glatt verwirklicht werden konnte, so besteht doch immerhin die Tatsache, daß die deutschen Arbeiter auch heute noch zu den schlechtest bezahlten fast aller Industrie- und Kulturstätten gehören.

Trotz dieser Tatsache fand sich 1930 abermals ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der den Lohnabbau als Rettung der deutschen Wirtschaft aus der derzeitigen Wirtschaftskrise predigte und empfahl. Sonderbarerweise war es auch diesmal wieder ein Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes, und zwar dessen 2. Vorsitzender, Herr Schmitz. Großes Lob hat ihm die Scharfmacherpresse aller Richtungen gespendet. Die Arbeitererschaft der rheinisch-westfälischen Eisen- und Schwerindustrie mußte sich einen erheblichen Lohnabbau gefallen lassen, da der staatliche Schlichtungsanspruch dem Rufe des 2. Verbandsvorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes folgte und die Löhne für diese Gruppe herabsetzte. Der prominenteste Führer der christlichen Gewerkschaften aber, der derzeitige Reichsarbeitsminister Herr Stegerwald, erklärte diesen Schiedsspruch für verbindlich, trotzdem christlich und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter dagegen protestierten. Diesem Lohnabbau folgte die Lohnkürzung im Mansfelder Kupferbergbau.

Auch der christliche Gewerkschaftsführer Schmitz versprach sich von dem Lohnabbau eine Preislenkung. Die Unternehmerverbände aller Richtungen nahmen dieses Schlagwort auf und predigten gleichfalls den Lohnabbau mit der Begründung, daß nur dadurch ein Preisabbau ermöglicht werden könnte. Wiederholt wurde diese Maßnahme auch in den Unternehmerfachzeitschriften der Papiererzeugungsindustrie empfohlen.

Es dürfte deshalb nicht nur für die Verbandsleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes, sondern auch für das deutsche Unternehmertum eine recht bittere Pille gewesen sein, als der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr.-Ing. Moritz Klönne vor dem Industrie- und Handelstag so ziemlich die entgegengesetzte Ansicht vertrat. Nach dem „Wochenblatt für Papierfabrikation“, Nr. 30, soll Dr. Klönne u. a. ausgesprochen haben:

„Ein allgemeiner Lohnabbau wäre freilich weder nach der sozial-psychologischen noch nach der wirtschaftlichen Seite leicht zu nehmen, namentlich solange es unsicher ist, ob die Warenpreise auch dem Lohnabbau folgen würden und könnten.“

Dabei wird Herrn Dr. Klönne kaum jemand eine besondere Arbeiterfreundlichkeit nachrühnen können, das verbietet schon seine Privatstellung als Vertreter der Industrie.

Für die freien Gewerkschaften ist dieses Eingeständnis eines deutschnationalen Industrievertreeters besonders deshalb erfreulich, weil er, wenn auch in etwas nachtriebener Weise, zugibt, daß durch Lohnabbau weder ein Preisabbau, noch eine Beseitigung der Wirtschaftskrise erreicht und damit auch gleichzeitig die heutige Weltwirtschaftskrise überwunden werden kann.

Trotzdem wird der Ruf nach Lohnabbau im Unternehmerlager nicht verstummen. Dieser Ruf wird zur praktischen Bedeutung werden, wenn es den bürgerlichen Parteien bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 gelingt, die Regierungsgewalt im Deutschen Reich abermals in die Hand zu bekommen und wenn sie dadurch den nötigen Einfluß und Druck auf die staatlichen Schlichtungsinstanzen gewinnen. Deshalb muß es für jeden Arbeitnehmer, da es besonders gilt, die sozialpolitischen Ertragsgewinne der Arbeiterklasse zu verteidigen und den Forderungen der Gewerkschaften zum Durchbruch zu verhelfen, eine Ehrenpflicht sein, daß er bei der Reichstagswahl seine Stimme nur einem Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei gibt, die erwiesenermaßen allein gewillt ist, den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeitererschaft Rechnung zu tragen.

G. Stähler.

Nationale Wirtschaftspolitik.

Die Erben des Reichskönigs Stinnes verschachtelten feinerzeit den Kohlen- und Zement an den englischen Harrison-Konzern. Der Kohlen-Konzern ging ebenso wie der Schoeller-Konzern in die Hände der englischen Combined Pulp and Paper Co. in London über. Die Regensberger Zellstofffabrik wurde gleichfalls von einem englischen Konzern erstanden. Verschiedene deutsche Papeterfabriken verkauften ihre nationalen „Belange“ an den englischen Papeterkonzern und der Waldhof-Konzern verpflanzte sein nationales Bewußtsein nach Finnland.

Dr. H. W. der „Papierprüfung“ befindet sich folgende aus Tenagers Papier- und Schreibwaren-Zeitung in Wien entnommene Notiz:

Der Schoeller'sche Papierfabrik-Konzern soll nach einer Meldung der „Wirtschaft“ die Absicht haben, in Ungarn zwei Papierfabriken zu gründen, vorausgesetzt, daß er Erzeugungsprämien erhält. In erster Reihe kommt die Gründung einer Rotationspapierfabrik in Betracht, in zweiter Reihe die einer Flachholzpapierfabrik. Beide Fabriken sind im Gelände des Regensberger Werkes geplant. Die Rotationspapierfabrik soll auf eine Jahreserzeugung von 15000 Tonnen eingerichtet werden. Ungarns Einfuhr im Jahre 1929 betrug 19000 Tonnen. Der Regensburger soll nach der gleichen Meldung, ein Zollschuß von 100 Gulden zum Zugehört werden sein.

Bei den besonders in der Papiererzeugungsindustrie sowohl in Deutschland, als auch in Österreich, der Schweiz, Rumänien und wahrscheinlich noch in verschiedenen europäischen und außereuropäischen Staaten industriell tätigen Schoeller handelt es sich um Abkömmlinge einer alten Papiermacherfamilie aus der Kunst- und Handwerkszeit, die bei jeder Gelegenheit ihr nationales Bewußtsein besonders gern zur Schau tragen.

Nachdem wir die Notiz gelesen hatten, waren wir besonders neugierig, um welche Schoeller-Gruppe es sich in diesem Falle handeln könnte, die da versucht, unter dem Schutze hoher Zollmauern industriellen und kommerziellen Einfluß in Ungarn zu erlangen. Da der deutsche Schoeller-Konzern, der die Ostdeutschen Papier- und Zellstoffwerke in Wartha, dieselben Firmen in Mühlbors und Westende, die Schlesienschen Zellulose- und Papierfabriken, W.G., in Jannowitz, Lomnitz und Malsch umfaßt, vor längerer Zeit in die Hände der englischen Combined Pulp and Paper Co. übergegangen war, glaubten wir zunächst, daß es sich um eine der österreichischen Schoeller-Familien handelt, zumal auch dort einer der Schoeller-Betriebe in den Neusiedler-Konzern übergegangen war und dieser Konzern nicht nur in der österreichischen, sondern auch in der tschechoslowakischen Papiererzeugungsindustrie maßgebenden Einfluß besitzt. Wir glaubten also zunächst, daß die Familie Schoeller auch Beherrscherin des Neusiedler-Konzerns sei. Auf eine Anfrage bei unserer österreichischen Bruderorganisation wird uns mitgeteilt, daß dies nicht der Fall ist und daß der Schoeller'sche Einfluß in der österreichischen Papiererzeugungsindustrie ohne Bedeutung sei. Viel größer sei der Einfluß des österreichischen Schoeller-Konzerns in der dortigen Eisenindustrie. Es bleibt infolgedessen nur die Vermutung übrig, daß der deutsche Schoeller-Konzern es ist, der nach der oben erwähnten Notiz seine deutsche nationale Gesinnung gegen hohen Zollschuß nach Ungarn zu verpflanzen gedenkt. Das mag paradox erscheinen

Jungwähler, denkt daran,

wenn ihr bei dieser Reichstagswahl zum ersten Male zur Wahlurne schreitet, daß ihr keiner bürgerlichen Partei euer Wahlrecht verdankt! Im monarchischen Deutschland wart ihr ohne Wahlrecht, da hielt man euch noch nicht für reif genug, mit 20 Jahren politische Entscheidungen treffen zu können. Und die Regierung Brünning ist schon an der Arbeit, diese Errungenschaft zu beseitigen, euch das Wahlrecht wieder zu nehmen, das für die Ausübung des Wahlrechts notwendige Alter wieder hinaufzusetzen. Vergeht es nicht,

daß ihr der Sozialdemokratischen Partei

Dank schuldig seid dafür, daß ihr jetzt politisch mündig seid. Es liegt in eurer Hand, euer politisches und wirtschaftliches Schicksal mitzubestimmen. Arbeits- und Jugendbeschäftigung, Löhne und Sozialversicherung sind Fragen, deren Lösung sich nur aus der Zusammensetzung des neuen Reichstages ergeben wird, und je nach dem Ausfall der Wahlen wird die Entscheidung für oder gegen die arbeitende Jugend ausfallen. Für die proletarische Jugend kämpfen die freien Gewerkschaften, kämpft die Sozialdemokratische Partei! Denkt am 14. September daran, daß ihr diesen Organisationen

euer Wahlrecht verdankt!

unter dem Gesichtswinkel, daß der deutsche Schoeller-Konzern in englische Hände übergegangen ist. Trotzdem könnte die Lösung dieses Widerspruchs darin gefunden werden, daß nach Pressenachrichten die englische Combined Pulp and Paper Co. bis heute noch nicht in der Lage war, in den Besitz der Schoeller'schen Konzern-Aktien zu kommen, weil der englische Konzern in letzter Zeit in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist und so die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß der bisherige deutsche Schoeller-Konzern seine eigenen Wege geht.

Aber ganz gleich, um welchen Sprößling der Familie Schoeller es sich handelt, bezeichnend bleibt die Tatsache, daß wiederum ein deutscher Unternehmer im Auslande Fuß zu fassen versucht unter Gewährung von ausländischem Hochzollschuß und daß es gleichzeitig dieselben deutschen Unternehmer sind, die auf diese Art nationale Wirtschaftspolitik betreiben, sich aber trotzdem daran nicht hindern lassen, über eine Verengung des internationalen Absatzmarktes infolge der ausländischen Zollschußpolitik zu klagen, erhöhte deutsche Schutzzölle zu fordern und dann die Arbeitererschaft dafür verantwortlich zu machen, wenn durch diese famose nationale Wirtschaftspolitik Absatz- und Produktionschwierigkeiten entstehen.

G. Stähler.

Dividenden im Jahre 1929.

In der Sondernummer 25A des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ bringt Direktor Heino Castorf auch dieses Jahr wieder eine Zusammenstellung über die Dividenden-ausschüttungen der Aktiengesellschaften der Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1929. Die Zusammenstellung umfaßt 67 Aktiengesellschaften. Damit sind nicht alle Aktiengesellschaften erfasst. Castorf bemerkt dazu: „Die wenigen zur Stunde noch ausstehenden Ergebnisse, insbesondere aber die für diese Statistik überhaupt ansfallenden allergeringsten Unternehmungen der Papiererzeugung, deren es nach der Feststellung des Justizrats für Konjunkturforschung überauswundersamerweise sogar immer noch 15 Stück mit einem Aktienkapital von je nur 5000 bis 100 000 Mk. geben soll, können das Zahlenbild nicht wesentlich verschieben.“

Von diesen 67 Aktiengesellschaften verteilen 35, also über die Hälfte der erfassten Unternehmungen für 1929 keine Dividende. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß diese Gesellschaften überhaupt keine Reingewinne erzielt haben.

Vielmehr dürfte der allergrößte Teil dieser Unternehmungen den Reingewinn auf neue Rechnung vorgetragen haben.

Aber die im Privatbesitz befindlichen Firmen, die ihre Bilanzen nicht zu veröffentlichen brauchen, führt Castorf aus: „Bei den im Privatbesitz befindlichen Unternehmungen wird es erfreulicherweise immer noch eine ansehnliche Reihe Industrieller geben, denen es gut und wohl ergeht, allzu viele aber dürften es doch auch wieder nicht sein, die in unseren sich immer dunkler komplizierenden Verhältnissen sorgenfrei ihre Tage dahin leben.“ Der zweite Halbsatz versucht zwar die günstige Schilderung des ersten Halbsatzes wieder aufzuheben, aber derartige Sprünge müssen nun einmal gemacht werden, wenn man — wie Castorf — das edle Bestreben hat, die wirtschaftliche Lage der Papiererzeugungsindustrie schwarz zu malen.

In der folgenden Tabelle bringen wir die von Castorf ermittelten Dividenden, wobei wir uns erlaubt haben, die einzelnen Rubriken etwas umzustellen und die Durchschnittsdividende hinzuzufügen:

Dividenden der Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1929.

Anzahl der Aktiengesellschaften	Aktienkapital zusammen in Mark	Dividenden	
		Gesamtblende in Mark	in Prozent
35	37 771 000	—	0
1	600 000	18 000	3
1	1 200 000	48 000	4
2	2 400 000	120 000	5
5	11 750 000	705 000	6
3	5 290 000	370 300	7
4	12 885 000	1 030 800	8
2	5 150 000	463 500	9
7	24 600 000	2 480 000	10
4	87 550 000	10 508 000	12
2	3 300 000	482 000	14
1	1 400 000	178 500	15
67	193 896 000	16 362 100	8,49

Bemerkenswert an den Castorf'schen Berechnungen ist noch, daß von den 67 Aktiengesellschaften 5 Gesellschaften über mehr als die Hälfte des erfassten Aktienkapitals, und zwar über 97 050 000 Mk., die übrigen 62 Aktiengesellschaften dagegen nur über 96 846 000 Mk. verfügen. Während diese 62 Aktiengesellschaften nur 5 126 100 Mk. oder durchschnittlich 5,29 Prozent Dividende zur Ausschüttung bringen, beträgt die Gesamtdividendensumme der fünf Konzernriesen 11 236 000 Mk. und die Durchschnittsdividende 11,57 Prozent.

Aber die sonstigen Ausführungen Castorfs zu berichten, dürfte überflüssig sein, denn es hat kaum einen Sinn, sich mit einem Herrn auseinanderzusetzen, der die staatlichen Lasten „als eine Wark kalter Sozialisierung ganz im Sinne der wirtschaftsfeindlichen Einstellung einer marxistischen Ideenwelt“ bezeichnet. Diesen Mangel an Staatsgesinnung erfährt auch der alte kaiserliche Patriotismus des Herrn Castorf nicht.

G. Stähler.

Amerikanische Produktionsmethoden.

Im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ Nr. 22, Jahrg. 1930, weist ein Unternehmer darauf hin, daß ein Fachblatt der Vereinigten Staaten die Errichtung einer neuen Kraftpapierfabrik mit einer Tagesleistung von 300 Tonnen mit der Bemerkung verleiht, daß es wie ein Witz aussehe, derartige Betriebe zu errichten, nachdem in U.S.-Amerika bereits Anlagen mit einer Erzeugungsfähigkeit von 1 125 000 Tonnen im Jahre beständen, während der Höchstverbrauch an Kraftpapier einschließlich der Einfuhr in Amerika nur 800 000 Tonnen pro Jahr betrage. Es ist also bereits jetzt ohne diese zu errichtende Fabrik, deren Produktion oben angegeben, eine Überproduktion von jährlich 325 000 Tonnen Kraftpapier vorhanden.

Nahrungsmittel-Industrie

Der Zucker im Arbeiterhaushalt.

Das Statistische Reichsamt hat in der Zeit vom März 1927 bis Februar 1928 unter Mitwirkung einer Anzahl statistischer Ämter der Kommunen und unter Mitwirkung der Gewerkschaften aller Richtungen Erhebungen über die Ausgaben verschiedener Art in 2036 Haushaltungen vorgenommen. Die Erhebungen verfolgten den Zweck, festzustellen, wie die Wirtschaftsverhältnisse in den einzelnen Haushaltungen mit den verschiedensten Einkommen aussehen, wieviel z. B. für Wohnung, Kleidung, Nahrung u. dgl. ausgegeben wurde. Die Ausgaben für Nahrung wurden wieder unterteilt auf die einzelnen Nahrungsmittel, so daß die Erhebung gleichzeitig eine Übersicht darüber bietet, welche Rolle in den einzelnen Haushaltungen Zucker, Butter, Eier usw. spielen. Von der Statistik wurden nur Lohn- und Gehaltsempfänger erfasst, also Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Als Einheit wurde dabei nach männlichen „Vollpersonen“ gerechnet. Die Umrechnung geschah in der Art, daß Kinder bis zum vollendeten 9. Jahre mit 0,50, vom beginnenden 10. Jahre bis zum vollendeten 14. Jahre mit 0,75 gerechnet wurden. Frauen und Mädchen über 14 Jahre wurden mit 0,90 gerechnet und Männer über 14 Jahre galten als Vollpersonen. Ob diese Berechnungsmethode für den Zuckerverbrauch richtig ist, kann bezweifelt werden. Man kann annehmen, daß das weibliche Geschlecht im allgemeinen mehr Zucker verzehrt als das männliche, also im Verbrauch über der zugrundegelegten „Vollperson“ steht. Aber das ist hier nicht das Entscheidende. Wir wollten vielmehr an einigen Beispielen zeigen, welche Rolle der Zucker in den einzelnen Haushaltungen spielt. Die Erhebung erstreckte sich nur auf 2036 Haushaltungen. Da aber Haushaltungen der verschiedensten Einkommensschichten erfasst wurden, können aus der Erhebung immerhin Schlüsse für die Allgemeinheit gezogen werden. Nach der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, die detaillierte Angaben über den Verbrauch einzelner Nahrungsmittel bringt, betrug die Jahresausgabe für Zucker im Durchschnitt einer Haushaltung in den einzelnen Einkommensstufen:

Bei einem Jahreseinkommen je Haushalt	Zahl der Haushalte	Durchschnittlich. Kopfzahl	in Mt.	n. S. der gesamten Nahrungsmittelausgabe	Gesamte Nahrungsmittelausgaben in Mt.
Bis 2500 Mk.	86	3,6	30,50	3,0	1007,69
von 2500 bis 3000 Mk.	255	3,9	33,27	2,8	1194,92
von 3000 bis 3600 Mk.	293	4,2	39,62	2,9	1362,12
von 3600 bis 4300 Mk.	178	4,4	42,00	2,7	1560,67
von 4300 Mk. und mehr	81	4,9	50,11	2,7	1878,06
im Gesamtdurchschnitt	896	4,2	38,39	2,8	1368,34

Die Gegenüberstellung zeigt, daß Haushaltungen mit dem geringsten Einkommen naturgemäß auch weniger je Haushalt für Zucker ausgeben. Rechnet man aber die Ausgabe für Zucker anteilmäßig an der Gesamtausgabe für Lebensmittel aus, dann ist der Prozentsatz, den die Haushaltungen mit niedrigerem Einkommen für Zucker ausgeben, viel höher als bei den Haushaltungen mit höherem Einkommen. Das ist ein Zeichen dafür, daß der hohe Nährwert des Zuckers immer mehr anerkannt wird. Wäre in allen Haushaltungen das nötige Einkommen vorhanden, dann könnte der Zuckerverbrauch je Haushaltung, namentlich bei jenen Schichten mit niedrigem Einkommen, bedeutend gesteigert werden. Das Bedürfnis dafür ist vorhanden, nur die Mittel reichen nicht aus.

Das gleiche Bild zeigt eine Umrechnung auf jede Vollperson. Für diese wurden für Zucker im Jahre ausgegeben:

Bei einem Einkommen je Vollperson	Mk.	o. % der gesamten Nahrungsmittelausgaben	Zahl der Fälle
Bis 800 Mk.	9,82	3,2	102
von 800 bis 1000 Mk.	11,45	3,0	215
von 1000 bis 1200 Mk.	11,51	2,8	240
von 1200 bis 1500 Mk.	12,63	2,7	214
über 1500 Mk.	12,99	2,3	125
im Gesamtdurchschnitt	11,78	2,7	896

Auch hier war bei niedrigem Einkommen weniger für Zucker je Vollperson ausgegeben. Gemessen an den Gesamtausgaben für Nahrungsmittel ist der Prozentsatz, der für Zucker bei niedrigem Einkommen ausgegeben wurde, aber wesentlich höher. Der prozentuale Aufwand für Zucker, gemessen an der Gesamtausgabe für Nahrungsmittel, fällt bei steigendem Einkommen bedeutend ab.

Der durchschnittliche Tagesverbrauch an Zucker bei den erfassten Haushaltungen betrug rund 147 Gramm. Im Durchschnitt einer Haushaltung wurden im Jahre an Zucker, je nach dem Einkommen, verbraucht:

Bei einem Jahres Einkommen je Haushalt	Zahl der Fälle	Durchschnittliche Kopfzahl	Allotogramm
Bis 2500 Mk.	86	3,6	44,0
von 2500 bis 3000 Mk.	255	3,9	47,2
von 3000 bis 3600 Mk.	293	4,2	55,5
von 3600 bis 4300 Mk.	178	4,4	57,6
über 4300 Mk.	84	4,9	68,3
im Gesamtdurchschnitt	896	4,2	53,6

Diesem steigenden Jahresverbrauch je Familie mit der Steigerung des Einkommens entspricht auch die Steigerung des Verbrauchs pro Kopf in den besser situierten Familien. Natürlich spielt auch die Kinderzahl bei den Ausgaben für Zucker eine erhebliche Rolle. Familien ohne Kinder oder mit nur einem Kinde wenden bei gleichem Einkommen nicht soviel für den Zuckerverbrauch auf wie Familien mit einer größeren Kinderzahl. Auch hierfür werden in der Erhebung einige Beispiele gebracht.

Fassen wir das Ergebnis der Erhebung kurz zusammen, dann kann hier beim Verbrauch eines einzelnen Artikels festgestellt werden, was im ganzen bei Nahrungsmitteln beobachtet wurde. Familien mit niedrigerem Einkommen müssen einen wesentlich höheren Prozentsatz für Nahrungsmittel aufwenden als besser situierte Familien, und trotzdem leben sie schlechter als die besser situierten. Daneben müssen sie auf manch andere Dinge, wie auf gute Kleidung, Wäsche, Wohnung u. dgl. verzichten. So manches Kulturbedürfnis bleibt unbefriedigt, weil in erster Linie der Hunger gestillt werden muß.

Die Tatsache nun, daß der Zucker unter den Nahrungsmitteln bei Familien mit geringem Einkommen einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz ausmacht, zeugt davon, daß er sich immer mehr als Volksnahrungsmittel durchgesetzt hat. Erhöhtes Einkommen bei Familien mit niedrigem Einkommen könnte daher den Zuckerverbrauch bedeutend steigern. Die Zuckerfabrikanten sollten deshalb in ihrer eigenen Industrie den Anfang machen, denn ihre Arbeiterchaft gehört zu denjenigen, die mit am schlechtesten gestellt sind.

E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Ursache und Wirkung!

Am 18. Juni d. J. ist in den USA. der neue Zolltarif in Kraft getreten. Er sieht u. a. auch eine Änderung der Spielwarenzölle vor. Die Position 1513 des neuen Tarifs, der für Spielwaren in Frage kommt, hat folgenden Wortlaut:

„Puppen und Puppenkleider, bestehend zu einem wenn auch geringen Teile aus den in § 1529a vorgesehenen Spitzen, Stoffen, Stickereien oder anderen Materialien oder Artikeln: v. W. 5 Prozent. Puppen und Spielzeug, bestehend ganz oder dem Hauptwert nach aus einem in § 31 vorgesehenen Erzeugnis: mit irgendeinem beweglichen Gliede oder Teile: 1 Stück 1 Cent und dazu v. W. 50 Prozent. — Teile von Puppen oder Spielzeug, bestehend ganz oder dem Hauptwert nach aus einem in § 31 vorgesehenen Erzeugnis: 1 Stück 1 Cent und dazu v. W. 50 Prozent. — Alle anderen Puppen, Puppenkleider (einschl. Kleider), Puppenköpfe, Spielzeugmeln, Kinderspiele, Spielzeugschachern, Spielzeuggelenke, Spielzeuggelenken, aus beliebigem Material bestehend, Luftballons, Kinderballons, Bilderbücher ohne anderen Lesestoff als Buchstaben, Zahlen oder beschreibende Worte (wobei als Lesestoff ein Druck auf enfsenbaren Blättern nicht mitrechnet), gebunden oder ungebunden, ferner Teile davon, Kränze, Girlanden und Christbaumzweige, ganz oder dem Hauptwert nach aus Filz, Draht, Lahn, Lametta, Kantilen oder Metallfäden hergestellt, ferner alles übrige Spielzeug und Teile davon nicht besonders vorgesehen vom Wert 70 Prozent. Unter dem in diesem Paragraphen gebrauchten Ausdruck „Spielzeug“ (toy) ist ein Artikel zu verstehen, der hauptsächlich zur Unterhaltung von Kindern dient, gleichviel, ob er auch für körperliche Übung oder zur geistigen Entwicklung geeignet ist oder nicht. Die in diesem Paragraphen vorgesehenen Sätze sind auf die hierin aufgeführten oder beschriebenen Artikel anzuwenden, gleichviel ob sie irgendwo in diesem Gesetze noch bestimmter vorgesehen sind oder nicht.“

Die Erhöhung der Spielwarenzölle in den V. St. v. Nordamerika ist zweifelsohne ein Erfolg verkehrter Wirtschafts- und Lohnpolitik des deutschen Unternehmertums. An dieser Politik sind bekanntlich auch die Führer der Spielwarenindustrie beteiligt. Eine solche Politik, die dem Unternehmertum des Auslandes die Waffe eines deutschen Lohndumping in die Hand oder den Gehirnschaften drückt, bleibt für die deutsche Wirtschaft nicht ungestraft. Der neue amerikanische Zolltarif ist als Auswirkung der deutschen Unternehmertumspolitik der vergangenen Monate und des Vorjahres anzusehen, und das dürfte Warnung genug sein. Niedrige Löhne in Deutsch-

land ergeben erhöhte Schutzölle (Einfuhrzölle) des Auslandes. Deshalb kann die Wirtschafts- und Lohnpolitik des deutschen Unternehmertums, an der sich auch die Regierung Bränning beteiligt hat, nichts anderes bringen als weitere Drosselung der Produktion in Deutschland, Herunterdrücken der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterfamilien und Förderung der Hochschützollbewegung in den Abfallländern deutscher Industrie-Produkte.

Die amerikanische Zollpolitik in bezug auf die Spielwarenindustrie geht auch nicht spurlos an amerikanischen Geschäftshäusern vorbei, allerdings solchen Geschäftshäusern, die ihren Sitz außerhalb der Grenzen der V. St. v. Nordamerika haben. Die Wirkung wird am besten gekennzeichnet durch eine Notiz, die die deutsche Spielwarenzeitung in ihrer Julinummer bringt unter der Überschrift: „Amerika leidet unter dem amerikanischen Zolltarif“:

„So muß es kommen! Besser kann der internationale Schutzoll-Wahnsinn nicht illustriert werden, als daß die eigenen Länder darunter mit zu leiden haben. Man glaubt in den Vereinigten Staaten, mit dem zum Teil geradezu unerhörten Übersteigerungen der Einfuhrzölle eine staatspolitische Tat vollbracht zu haben. Wie sehr es in Wirklichkeit eine Dr. Eisenbart-Kur ist, um ungelunde konjunkturelle Verhältnisse zu stabilisieren, geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß amerikanische Geschäfte infolge der untragbaren Zölle gezwungen sind, jahrzehntelang bestehende und bestens bewährte Einrichtungen abzubauen. So wird z. B. das Sonneberger Einkaufshaus der bekannten Spielwarenfirma Louis Wolff & Co. mit Ende dieses Jahres aufgelöst. Wenn wir recht unterrichtet sind, wurde dieses Einkaufshaus vor etwa 60 Jahren in Sonneberg errichtet. Es braucht an dieser Stelle nicht ausführlich dargelegt zu werden, welche ungeheuren Mengen von Puppen, Spielwaren und Christbaumzweigen in diesen langen Jahren nicht nur aus dem Thüringer Bezirk zum Einkaufshaus Louis Wolff & Co. nach den Vereinigten Staaten ausgeführt worden sind. Angefallene und Arbeiter dieses Hauses, die teilweise länger als ein Menschenalter darinnen tätig sind, glauben guten Grund zu haben, daß an ihnen das Gespinnst der Arbeitslosigkeit vorübergehen würde. Nun bleibt es auch ihnen nicht erspart, anderweit Beschäftigung zu suchen. Was dies in der gegenwärtigen Notzeit gerade in unserer Industrie bedeutet, ist jedermann klar. — Wie verlautet, werden einige der seitherigen Mitarbeiter von der Firma S. S. Krefz, Neupark, die im jetzigen Gebäude des Einkaufshauses der Firma Louis Wolff & Co. für sich selbst den Betrieb fortführt, weiterbeschäftigt. — Dem Vernehmen nach wird es sich auch bei anderen amerikanischen Einkaufsfirmen nicht vermeiden lassen, Entlassungen vorzunehmen, da infolge der Zollerböhrungen die Ausfuhr nach den Staaten empfindlich ins Stocken geraten ist.“

Die Helfer der Reaktion.

„Notwendig ist daher vor allem, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie womöglich noch gestärkt zurückkehrt. Vielleicht die ausschlaggebende Rolle kommt dabei den Kommunisten zu, die, wie wir schon öfter zu betonen Gelegenheit hatten, dazu berufen sind, das Anwachsen der Sozialdemokratie zu verhindern und als Pfahl im Fleische dieser großen Partei zu wirken.“

So schreibt das Blatt der deutschen Schwerindustrie, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, in ihrer Ausgabe vom 24. August 1930.

Wenn auch der Schreiber des hier zitierten Artikels nicht zu den Schutzöllnern zu rechnen ist, so ist er aber einer von denen, die durch ihre Tätigkeit dafür sorgen, daß die Löhne und Arbeitsbedingungen in der Spielwarenindustrie gedrückt werden. Wenn in der Spielwaren-Hausindustrie auf dem Lohngebiete Verhältnisse anzutreffen sind, die als Lohn- und Preisanarchie bezeichnet werden müssen, so ist der Schreiber des wiedergegebenen Artikels auch dafür mit verantwortlich. Nicht der amerikanische Abwehrkampf gegen das Lohndumping ist allein schuld, daß es so gekommen ist, sondern die verkehrte Wirtschafts- und Lohnpolitik der verantwortlichen Stellen im Unternehmerlager der Spielwarenindustrie. Sie tragen ein gerütteltes Maß Schuld, wenn die Zölle im Auslande immer mehr steigen. Man soll sich hüten, Lagen zu beheben, die den Schutzöllnern des Auslandes Angriffsflächen bieten. Lohndruck und Kampf gegen die soziale Versicherung der Betriebs- und Heimarbeiter sind solche Angriffsflächen, deren sich die ausländischen Schutzöllner bedienen. Das sollten sich die Unternehmer und Führer der Spielwarenindustrie gesagt sein lassen.

H. Elflein.

Frauenfragen.

Die reaktionäre Zeitströmung in der Frauenbewegung.

Die Reaktion hebt auf allen Gebieten die Köpfe. Dazu kommt die Arbeitslosigkeit und dauernde Wirtschaftskrise in den Jahren nach der Inflation. Das politische Leben hat einen Tiefstand erreicht, wie wir ihn nach der Revolution nicht mehr für möglich gehalten haben; das kulturelle Leben verflacht immer mehr. Das Theater wird zur Unterhaltungsbühne — wo bleiben die Dichter und Dramaturgen, die die Probleme gestalten, die uns allen auf den Nägeln brennen? Die Maler malen noch immer Stillleben und die „ewige Schönheit“ und bleiben fast ganz unberührt von dem allgemeinen Seufzen, das um sie herum brandet. Die Ekstasen der Expressionisten sind verrannt — man könnte ihnen nachtrauern, denn sie waren trotz aller Sprünge und Unehelien ein Ausdruck ihrer Zeit!

Wenn man die Umfragen und Zuschriften der großen bürgerlichen Blätter verfolgt, so sieht man, daß auch die Frauen und die Frauenbewegung in eine Reaktion verfallen sind. Die Mode der langen Röcke und Zipselkleider sagt es jedem auch äußerlich, daß die Frauen beginnen, sich auf ihren „Lorbeer“ auszuruhen. Sie richten sich hässlich ein in dem, was sie jetzt erreicht haben. Zum Teil mit Recht, denn der bürgerlichen Frauenbewegung ist nicht mehr viel zu kämpfen übrig geblieben, nachdem ihnen die Sozialdemokratie nach der Revolution müheles die Früchte ihrer Forderungen in den Schoß geworfen hat. Was ihr ihre eigene Gesellschaftsklasse nur nach mühsamem jahrelangem Kampf zugestanden hätte, habe ihnen die Nachkriegsregierung der Sozialdemokratie mit einem Federstrich gegeben. Sie brauchen nur nach ihren persönlichen Neigungen zuzufassen.

Heute spielt sich die bürgerliche Frau mehr denn je als die Sprecherin der Frauen auf. Dabei steht sie vollkommen abseits vom Wege, den die heutige Frau noch zurückzulegen hat. Sie hat vielleicht Konflikte in der Familie, in der Ehe, in ihrem Berufsstreben — aber, sie hat die Möglichkeit, alle diese Konflikte auszuschalten. Sie gehört der besitzenden und privilegierten Klasse an; der Besitz oder ein gesichertes Beamten Einkommen sichern ihr den Aufstieg in alle die Berufe, die man nur mit Hilfe eines Berechtigungscheines erreichen kann, und so ist sie meist in der Lage, sich eine befriedigende und sogar beglückende Arbeit zu verschaffen, die sie in den Stand setzt, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und ihr ein höchstes Maß von Harmonie und Anerkennung zu sichern. Diese Frauen sind es, die man um ihr Urteil über die Stellung der Frau von heute befragt, und die natürlich vom Gipfel ihrer Zufriedenheit herab eine geistreiche Formulierung finden. Direktorinnen, Schriftstellerinnen, Tänzerinnen, Ärztinnen, Schauspielerinnen und Filmstars, Malerinnen und „prominente“ Töchter verzapfen ihre Weisheiten und glauben, ihr Einzelschicksal und das der Frauen ihrer kleinen Gesellschaftsschicht verallgemeinern zu können. Wo bleibt das Heer der Namenlosen, auf das allein es ankommt? Nicht die Satten und Zufriedenen bestimmen das Schicksal ihres Geschlechts, sondern immer nur die in der Masse lebenden und Unzufriedenen; diejenigen, die mit der Masse zu neuen Lebensformen kommen wollen — und nicht die, die das Schicksal der Einzelpersonlichkeit über alles stellen.

Wir wollen hier nicht der Frauenbewegung als einem besonderen Kampf das Wort reden. Die bürgerliche Frauenbewegung, die im Manne ihren Feind und Rivalen sah, ist heute überholt. Die proletarische Frau hat in diesem Kampf nie gestanden, denn sie sah mit größerer Deutlichkeit die Zusammenhänge im Aufbau unserer Gesellschaft und sah, daß die treibenden Kräfte für die Vorherrschaft des Mannes nicht seine Feindseligkeit zur Frau war. Zwar war und ist ihr eigener Mann auch heute noch oft von den herrschenden Ansichten über die Frau angekränkt, aber sie sieht auch, daß er ebenso wie sie unterdrückt ist, und daß gibt ihrem Kampf eine andere Richtung. Sie haben beide einen gemeinsamen Feind und sind nicht einer der Feind des anderen, wenn auch ihr persönliches Leben das Gegenteil beweisen möchte.

Obwohl die proletarische Frau den Kampf der Geschlechter im Sinne der bürgerlichen Frauenbewegung nicht kennt, hat sie absolut keinen Grund, in dieser Stimmung: „Wie herrlich weit haben wir es gebracht“ zu schwelgen. Sie hat mehr Freiheiten in der Familie, in der Liebe, in der Ehe. (?) D. R.) Seltene Ausnahmen erreichen auch einen beruflichen und wirtschaftlichen Aufstieg — trotzdem hat sie noch unter einer anderen Unterdrückung zu leiden. Ansichten und Vorurteile der letzten Jahrhunderte über die Frau leben noch tief eingegraben im Bewußtsein der Menschen, und die Frauen und Mädchen des Proletariats, die nicht die Möglichkeit haben, durch Wissen und Erziehung in sich selbst und in ihrer Umwelt diese Vorurteile zu zerstören, werden noch lange an diesen Hemmnissen zu leiden haben. Wir können nur hoffen, daß hier die Zeit befreiend für die Frau arbeitet. Je länger sie selbständig im Wirtschaftsleben stehen wird, um so selbstbewußter und sicherer wird sie werden und damit die beste seelische Situation erringen, aus der heraus sich schnell und sicher Hemmnisse beseitigen lassen. Der Schrei der bürgerlichen Frauenbewegung nach Gleichberechtigung im öffentlichen Leben, nach Öffnung der Hochschulen, Universitäten und der höheren Berufe liegt für die proletarische Frau im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse eingeschlossen. Versteht sie die Interessen ihrer Zukunft richtig, so reißt sie sich in diese große Kampfreibe ein — eine andere Möglichkeit gibt es für sie nicht. Dabei bleibt aber noch immer die Aufgabe bestehen, die nur die Frau lösen kann — ihre persönliche Befreiung aus den Fesseln der Vergangenheit, die sich in der eigenen Seele jeder Frau abspielen muß. Diese nicht leichte Arbeit ist zugleich der beste Schutz vor der Überheblichkeit, die heute die bürgerliche Frau auszeichnet, wenn sie behauptet:

„Ich finde, es steht Frauen nicht, wenn sie Bücher schreiben, Reden halten und Männer wie ihre Feinde behandeln. Vielleicht ist es aber umgekehrt: Schöne und anmutige Frauen schreiben eben keine Bücher, halten keine Reden und haben es nicht nötig, die Männer als Feinde zu behandeln. Ich glaube auch, daß es nicht in der Natur der Frau liegt, für die Rechte anderer zu kämpfen. . . .“

Solche, im übelsten Sinne reaktionären Worte einer Frau — die „prominente“ Tochter eines „prominenten“ Dichters — sollten die proletarischen Frauen mahnen, sich nicht vom Strome allgemeiner Reaktionserscheinungen mitreißen zu lassen, sondern sich zu erinnern, daß Wellenfaler Sammelbecken zu neuem Bestimmen und neuem Aufstieg sind. Die Zeit des Proletariats kommt erst noch.

Trude Wiechert (Hannover).

Genossenschaftsbewegung.

Der größte Konsumverein Deutschlands.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hat ein geschmackvoll ausgestattetes, mit vielen schönen Lichtbildern geschmücktes Album herausgegeben, das recht anschaulich und eindrucksvoll den heutigen Stand dieser riesigen konsumgenossenschaftlichen Organisation darstellt. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend ist 1899 gegründet worden, heute ist sie ein einflussreiches Wirtschaftsgebilde, das sehr deutlich zeigt, wie groß die Macht der organisierten Verbraucher sein kann. Die Zahl der angeschlossenen Haushaltungen beträgt über 200.000. Der Gesamtumsatz im Geschäftsjahre 1929—30 wird 80 Millionen Reichsmark erreichen; es bestehen insgesamt 343 Abgabestellen, ferner viele Produktionsbetriebe, Bäckereien, Konditoreien, eine Wurstfabrik, Schneidereiwerkstätten usw. Der Berliner Konsumverein besitzt ein 300 Morgen großes Landgut, er beschäftigt 4500 Arbeiter und Angestellte, der Transport der Waren geschieht in mehr als 100 Kraftwagen, die Geschäftsgebäude belaufen sich auf mehr als 5.000.000 Mk., das Reservekapital auf 2.000.000 Mk., die Sparkasse der Konsumgenossenschaft Berlin verfügt über einen Einlagebestand von 45 Millionen Reichsmark. Als soziale Hilfsmaßnahme errichtete die Konsumgenossenschaft auf ihrem Landgute ein Kindererholungsheim, in dem allmonatlich 38 Pflegekinder Aufnahme finden. Das sind eindrucksvolle Zahlen, die die Macht zeigen, die im Zusammenschluß der Verbraucher und in der genossenschaftlichen Selbsthilfe liegt.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Die Töchter der Fabrik.

Ihr müßt sie mittags sehen:
Wenn im Sturmschritt die Röcke wehen:
Diese springlebendige Mädchenflut:
Jung, schön, voller Kraft und Mut!

Im Sturmschritt nach Haus,
Da löffeln sie schnell die Suppe aus —
Dann noch zu den Bäumen und Blumen einen Sprung:
Dort ist es so lustig und so gesund!

Noch Punkt zwei — da ruft die Fabrik
Ihre vielen hundert Töchter grausam zurück:
Sperrt sie in die Säle bei den Maschinen ein —
Und das junge Leben möchte doch frei auf den Bergen sein!

Aber das Freisein, das ist nicht immer so leicht:
Alle müssen helfen, daß das Brot auch reicht:
Vater, Mutter und die Geschwister alle:
Müssen zur Fabrik, in diese große Menschenfalle!

Werk muß werden — jede Hand
Ist ein notwendiges Glied am fließenden Band.
Berthchen: hier —
Gustel: eil dich: gib es mit!

Und das Werkstück wächst und wächst!
So wie im Garten die Rose wächst!
Aus vielen Händen und Herzen
Wächst das Werk — oft unter Schmerzen!

Alles Werk ist Dienst auf Gegenseitigkeit —
Ich tue dies — und du machst mir jenes bereit!
Dieses schöne und starke Gefühl
Weißt uns auf ein hohes Ziel!

Eins sein im Bunde —
Weber Gram noch Wunde.
Ihr Töchter der Fabrik:
Daß soziale Land blüht schon in eurem Blick!

Max Dörfl.

Nacht des Vollmondes.

Von Alexander von Sacher-Masoch.

Im „Grünen Hahn“ schlug der Wind, der von der Steppe kam, ein Fenster zu. Er legte ein paar wurmförmige Schindeln von den Dächern des Herrenhofes der Frenck. Dann entsand Schwalben.

Ein grauer Himmel lag über der großen Tiefebene und im Westen rauschte das schmutzig-gelbe Wasser der Theis auf und sprang wild gegen den Fährdamm.

Schwalbe aber lag im Maisfeld des Herrn von Frenck auf dem Rücken und schnarchte so laut und unbekümmert, wie ein richtiger Graf, der dabei in seinem Hause in einem Bett aus echtem Holz der Ruhe pflegt. Obwohl Schwalbe nur in einer Hülle des Maisfeldes zwischen mannshohen Aukurzständen lag, in denen der Wind geheimnisvoll rauschte.

Manchmal, am Morgen der Wetterwende, wenn die kugelrunden Kreuzhänge der ferneren Türme im Dunst verschwanden, der Cirrus von den Karpaten her zu blasen begann und der Steppenwind seinen feinen, singenden Tanz anhub, dann wogten die Maisfelder und brausten, als rüfte ein Heer trommelnder Heubüden über sie hin.

Schwalbe aber, der Jäger, träumte von einem großen Feuer im Jelsdorf seines Urgroßvaters, der ein großer Häuptling war und ein Freund Michael Bobik's, des Besten. Und Schwalbe träumte von einem fetten Sponserkel, das am Spieß über der Hand jeden braun und knusprig geworden war und streckte die Hand aus, um es zu essen. Aber wie er den Braten schon fast erreicht hatte, sprang das gute Ferkel vom Feuer und rannte vor ihm her, so daß er es nicht erreichen konnte, immer zwei Schritte voraus. Der Spieß steckte auch jetzt noch im Ferkel. Schwalbe stolperte, fiel hin und — erwachte.

Um diese Zeit flogen auch gerade die ersten Regentropfen vom Himmel. Schwalbe nahm den Regenjack auf den Rücken, reinigte seine Augen mit dem Hemdsärmel und wuschelte auf nächsten Schlen die Anhöhe hinauf. Er trat in den „Grünen Hahn“ und krümmte den Rücken vor Michael's Jgel, dem Wirt.

— Sag die Hand, liebes Väterchen, — und mit dem Dammen rückwärts denkend, sagte er noch: — es regnet.

Jagel's stänke Angeln hatten in Schwalbe sofort Veras, Zahlungsansprüche und den Geigenack festgeheißelt.

Da es aber Sonntag war, warf er ihn nicht gleich zur Türe hinaus, — er dachte dabei an etwa zu erwartende Gasse und an blühende Märkte — sondern wickelte gütig mit dem Kopf: — Warum soll es denn nicht regnen? — — Freilich regnet es.

Dann war diese Zwischenzeit beendet und Schwalbe verzog sich in einen Winkel des Gartens, holte die Geige hervor, prüfte, putzte, stimmte an ihr herum, sprach zu ihr wie zu seinesgleichen, und blinzelte von Zeit zu Zeit lässig zur Küche hinüber, schnappernd und verwehend, was er — „a verwandten war, weil sein Magen erheißig karrte.

Später stand Schwalbe unter der flackernden Öllampe der Eckbank und spielte. Während des Spieles veränderte sich sein Gesicht, seine Haltung, er schien zu wachsen, sein Haar starrte in der Jagel's des Raumes hin und her, seine Augen blühten. Sein vorkamäres Jagengeflücht war jetzt von einer wilden, zwingenden Schönheit. Er war der Herr, nach dessen Laßt die Herzen der anwesenden Burtschen und Mägde schlugen. Er war der Herr der Tönen und des Lachens.

Und Schwalbe wachte das. Seine Nacht war groß. Einzel begegnete er als halbwegsiger Rute einem Bären. Es war das auf den Sägen des Sackes, denn er durchstießte in jenen Tagen — damals schon heim- und wärdlos — das südlische Ungarn. Schwalbe war keine, wie alle seine Stammesgenossen, feige, wie ein nur ein Jäger sein feige sein bewu, und das Herz wünschte ihm mit einem Male bis in die Jagel's hinab. Der Wirt war keine fünf Schritte vor ihm und brannete, daß Schwalbe der durchsichtige alle Halbplunder vom Kasse fiel, weil seine Haare pöglisch so zu Berge kanden, wie die Borsten eines Stachelschweines. So er-jähle er es später im Dorfe.

Der Sturm griff er nach dem Geigenack, klemmte die Fiedel unter's Kinn und begann zu spielen. Alle Angl war im An-verflagen.

Und nach geraumer Weile saß der Wirt auf den Hinterpfoten und wiegte sich langsam im Takte hin und her. Der Wirt war wie ein Pudelhündchen geworden, zahm und freundlich. — —

Als Schwalbe um Mitternacht müde und erschlagen aus Jagel's Schenke trat, stand der Mond rund am Himmel und viele Sterne. Die Pappeln vor dem Gutshofe Frenck's rauschten. Schwalbe bekreuzigte sich vor dem runden Mond, spuckte der Sicherheit halber zweimal über sein eigenes Haupt nach rückwärts und prüfte sich, ob er nicht etwa ein Lüge im Herzen führte, denn er hatte von seinem Vater gelernt, daß eine Lüge bei Vollmond eine lange Reihe schwieriger Krankheiten zur Folge habe. Sonst war das Lügen ein Privileg seiner Rasse, aber bei Vollmond war das anders.

Er schlurste auf der Landstraße, die an dem Gutshofe entlang-führte, weiter und stand — nunmehr weniger erbaulichen Gedanken nachhängend — mitten im hellen Mondlicht der weißen Front des Herrenhofes gerade gegenüber.

Wo wohl der Hühnerstall liegt? — überlegte er. Als er den Kopf hob, sah er etwas Seltsames. Schwalbe rieb sich die Augen und starrte auf ein Wunder. Denn was er sah, konnte nur ein Wunder sein.

Hoch oben, auf dem Rande des breiten Schindeldaches, stand ein nacktes Mädchen mitten im Mondlicht und begann gerade zu tanzen. Ungemein zart und schlank war dieses Mädchen, und es schien Schwalbe, daß der Mondstrahl durch ihren Körper drang wie durch Glas. Ihre Arme griffen sanft in den warmen Wind der Sommernacht, ihre Haare umtanzen sie wie eine schwarze Fahne. Schwalbe stand und starrte.

— Eine Tür flog auf. Lichter blühten. Die Stimme eines Weibes überschlug sich gellend. Halbbedeckte Menschen drängten, stießen sich auf dem eingezäunten Hof. — Das Fräulein! — rief jemand.

Schwalbe sprang auf, mit einem Satz war er über den Zaun, ohne auf die Hunde zu achten, die winselnd an ihren Ketten zerrten. Er sah nichts, hörte nichts, seine Augen hingen an der Gestalt dort droben, die wie ein schwaches Rohr im Monde schwankte.

Schwalbe war mitten im Hof, mit seinen blühenden Augen, wehenden Haaren, schwarz, das Gesicht häßlich verzerrt, drohend. Er hob den Arm, und ein leerer Raum entstand um ihn. — Der Teufel! — zischte eine der Mägde.

Die Gestalt am Dache schwankte. Frenck, der Herr, der mit wehendem Schnurrbart und verglasten Augen unter seinen Dienst-lichen stand, röchelte ein Gebet.



Aber Schwalbe setzte die Geige an und begann zu spielen. Und er spielte von wehenden Mondwiesen, von Heiterkeit und Freiheit und von einer Straße, die in den Himmel führte. Und er lockte und rief, schmeichelte und flehte, und sprach zu dem Wesen, das dort oben im Monde stand, in der einzigen Sprache, die er und keine Tier sprechen konnten, wie niemand sonst auf Erden.

Und leichte, zarte Füße schritten frei und sicher über die schmale Kanie, die das Leben von dem Tod trennte.

Schwalbe rettete Frenck's Kind.

Dann stand Schwalbe verwirrt und fremd zwischen den vielen Menschen und wuschelte viel Hände schütteln, die seine braune Hand sonst niemals berührten.

Nikolans Frenck aber stellte sich vor Schwalbe auf. Er hatte schwarze, stehende Augen und einen Schnurrbart, der drohend niederhangelte:

— Wie heißt du?
— Schwalbe, wenn es Ihnen so recht ist, gnädiger Herr!
Und Frenck fragte darauf:

— Wie bist du hierher gekommen, Schwalbe, es ist ein wahres Wunder, was suchtest du hier?
Und Schwalbe wand und drehte sich unter dem Blick des mächtigen Herrn. Denn er wachte, daß es die Nacht des Vollmondes war. Dann sagte er nach einer Pause:

— Ich wollte ein Hahn stehlen, gnädiger Herr!

Der Sprechhund!

Von Ernst Hallenkein.

Enselbins Niesemischel hatte einen Hund, um den ihn der ganze Ort beneidete. Das wäre an sich nichts Erstaunliches, aber Enselbins war auch Vorstand des Sittlichkeitsvereins, ein Posten, den man ihm sehr übel nahm und um den ihn niemand beneidete. Dies Amt brachte Lasten und Pflichten und außerdem Widersacher und Feinde. Auch war, wie man sich vorstellen kann, sein Lebenswandel nicht derart, daß Niesemischel gerade zum Amt eines Vorstandes des Sittlichkeitsvereins prädestiniert gewesen wäre. Kein Liebes-pärchen in den Anlagen war vor ihm sicher, und er machte selbst im Wonnemomente keine Ausnahme, was ihm von den Pärchen ein große Härte ausgesetzt wurde. Die Mehrzahl aber behauptete, er tue es aus Neid!

Also, wie gesagt, Niesemischel hatte einen Hund, der ihm um keinen Preis jeil war, da er sich durch seine Rasse und seltene Schönheit auszeichnete. Gutsbesitzer Krümel, ein großer Schöne-lichaber und Tierfreund, hatte schon lange ein Auge auf das schöne Exemplar geworfen. Er verbrach sich den Kopf, Mittel und Wege zu finden, um in den Besitz des Hundes zu gelangen. Es war nicht leicht, Niesemischel hier zu sehr an dem Tier und welche es war keinen Preis verlor. — Da führte eines Tages der Zufall, der immer die Amme des Schicksals zu sein scheint, die beiden

Nachbarn im Dorfkrug zusammen. Krümel und Niesemischel mit seinem Hund. Nachdem sich beide einen Schoppen Wein bestellt hatten, streckte sich „Schnauz“, der vielgeliebte und heißbegehrte Hund, unter die Ofenbank. —

Eine Zeitlang schwiegen sich die Nachbarn beredt aus. Krümel ließ seine Augen mit Wohlgefallen auf dem schönen Hunde ruhen. Dann entwickelte sich nach und nach folgendes Gespräch:

Krümel: Na, Herr Nachbar, wie ist denn nu die Sache? Haben Sie sich das Geschäft überlegt...?

Niesemischel: Wieso Geschäft?? — — Ach so, von wegen Schnauz?! Nicht zu machen, Krümel, nicht zu machen. So viel Geld haben Sie gar nicht. Sehen Sie sich das Tier doch mal an! Ein Hund von einem Hund! Und klug! Da kann selbst unser Bürgermeister nicht gegen an! Dem Hunde fehlt nur die Sprache, und es ist 'n Mensch! (Hier blinnte Krümel's Auge auf, und seine Seele gebar einen teuflischen Plan.)

Krümel: Schade, recht schade! Also absolut nichts zu machen?? Niesemischel: Absolut nichts! Aber es gäbe 'nen Ausweg. Was da der Amtsrichter Knussemark ist, der hat ja 'nen Ableger von meinen Schnauz. Vielleicht gibt ihn er sein' Hund ab. Dann ist Ihnen geholfen!

Krümel: Herr Nachbar, ich kapriziere mich nun mal auf Ihren Schnauz. Und dann will ich Ihnen auch sagen, dem Amtsrichter seiner ist ja auch 'n schönes Tier, aber es ist kein — Sprechhund!! Niesemischel: Sprechhund?! — Wieso Sprechhund??

Krümel: Ja, seh'n Sie, da staun' Sie! Da haben Sie nun schon den Hund an die drei Jahre und wissen von nicht.

Niesemischel: Wieso weiß ich von nicht?
Krümel: Na ja, daß Ihr Schnauz zu der seltenen Gattung der Sprechhunde gehört!

Niesemischel: Na aber man sagte, Herr Nachbar! So heiß ist es doch gar nicht, daß Sie zu phantasieren anfangen. E' Tier und sprechen??

Krümel: Erlauben Sie mal, Herr Niesemischel, spricht etwa e' Papagei und 'n Star nicht?

Niesemischel: Na ja! Aber 'n Hund?! — Wenn wirklich — ich meine, wenn — wenn mein Schnauz wirklich e' Sprechhund war, warum hat er mir's denn dann noch nicht gesagt??

Krümel: Aber Herr Niesemischel! Dazu gehört doch 'ne längere Dressur. Und dann müssen Sie sich nicht etwa denken, daß so 'n Hund gleich längere Reden hält. Er sagt zuerst nur „Guten Tag, mein Herr!“ — „Auf Wiedersehen!“ — „Ich habe Hunger!“ und dergleichen kürzere Sätze.

Niesemischel: Nu machen Sie aber 'n Punkt!
Krümel: Wenn ich Ihnen aber doch sage! Ich selbst habe schon zwei von der Rasse in der Dressur gehabt! Mit ganz überraschenden Resultaten! Ich war früher genau so ungläubig wie Sie! Jetzt spreche ich aus eigener Erfahrung!

Niesemischel: Und Sie meinen nu, meinem Hund könnten Sie das auch beibringen?

Krümel: Na und ob! — Seh'n Sie hier die harte Haut an dem Hinterbeinelenk? Das ist das sichere Zeichen.

Niesemischel: Also hol' mich dieser und jener, wenn es 'ne Dummheit ist! Dann nehmen Sie meinen Hund auch mal in die Lehre! Aber wie steht's mit dem Kostenpunkt? 's wohl sehr teuer, so 'n Sprachkursus?

Krümel: Weil Sie's sind, mach' ich's für die Futterkosten.

Niesemischel: Na, denn nehmen Sie ihn in Gottes Namen gleich mit. Und wie lange dürfte denn so 'n Hundesprechkursus dauern?

Krümel: Ja, anfer vier Wochen kann' ich's leider nicht garantieren.

Niesemischel: Also abgemacht, Herr Nachbar!
Am nächsten Morgen sandte Krümel Schnauz wohlverpackt auf sein Landgut.

Die ersten vierzehn Tage waren noch nicht verfloßen, als schon Nachbar Niesemischel bei Krümel aufgeregt in Erscheinung trat.

Teils trieb ihn Sehnsucht, teils Neugierde.

„Nun, Herr Nachbar, was macht mein Schnauz?!“ rief er schon ungeduldig als er noch in der Tür stand.

„Famos, famos! Ich hab's ja gewußt!“ rief Krümel mit ver-schämtem Lächeln. „Er fängt schon an zu plaudern, und ich muß sagen nicht ohne Geist!“

„Ach was?!“ rief Niesemischel strahlend, „kann ich ihn nicht einmal sehen, meinen Schnauz?“

„Um des Himmels willen! Das würde alle bisherige Mühe nutzlos machen, wenn er jetzt seinen Herrn sähe. Große Freude macht sprachlos. Nein, nein, das würde alles wieder verderben. Haben Sie nur noch vier Wochen Geduld.“

„Noch so lange?“ jammerte Niesemischel enttäuscht.

„Aber bedenken Sie doch, wie lange es dauert, bis ein Kind sprechen lernt! Und nun gar ein Hund!“

„Freilich, freilich, das leuchtet mir ein. Aber in vier Wochen doch bestimmt!“

„Bestimmt!“

Niesemischel wanderte bedrückt und enttäuscht seiner Be-hausung zu.

Es war wieder einmal Mai. Der Sittlichkeitsvorstand hatte alle Hände voll zu tun, was in der langen Wartezeit bis zu Schnauzens Prüfung ablenkte und zerstreute.

Endlich waren die vier Wochen verstrichen. Schon am frühen Morgen eilte Niesemischel mit Sittenmeisternstiefeln zu seinem gewiß nun schon redewandten Schnauz.

Krümel empfing ihn schon unter der Tür mit einer Leichen-bittermeine.

„Nun, was macht mein Hund?? Ist's nun so weit?“

„Fassen Sie sich, Herr Nachbar, Ihren Schnauz sehen Sie niemals wieder.“

„Was sagen Sie da?!“

„Ich mußte das Tier leider erschießen!“

„Wie? Was? Meinen Schnauz? Hat er keine Fortschritte mehr gemacht?“

„Im Gegenteil, viel zu große!“

„Ja, warum denn dann?“

„Der Hund hat mir Sachen von Ihnen erzählt. . .“

Niesemischel: Mein Gott, ist's möglich, so ein Hundevieh. Was hat er denn erzählt?

Krümel: Lieber Freund, ich mag es Ihnen gar nicht sagen. Wissen Sie, der Hund war ja doch überall dabei. Zu Hause, wenn Ihre Frau fort war und ein Fräulein Sie besuchte. Dann nachts in den Anlagen, was hat der Schnauz alles erzählt von Sittlich-keitsverein, und da habe ich aus purer Freundschaft zu Ihnen das Vieh erschossen.

Niesemischel: Ich danke Ihnen, lieber Freund, ich danke Ihnen tausendmal, ich werde Ihnen diesen Freundschaftsdienst nie ver-gessen!

Krümel hatte den Schnauz längst an einen Freund, der vom Auslande zu Besuch war, gegen einen wertvollen Kaufmännler vertauscht.

Niesemischel hat sich einen Rattenpinscher angeschafft, einen struppigen Gesellen, aber ohne Sprechtalent. Und Niesemischel blieb weiter eine geachtete und geehrte Persönlichkeit bei allen Sittlichkeitswächtern.

Humoristische Ecke.

Selbstverständlich.

„Ist es dort bequem in deiner Ecke, meine Liebe, ist es warm und zieht es auch nicht?“ „Sehr bequem, sehr warm und es zieht auch nicht, Mäme!“ „Dann wollen wir doch die Plätze wechseln!“